



Editorial

Liebe Xhainer*innen,

der 1. Mai ist da – und mit ihm ein neuer Stachel. Wieder ist es ein schwieriger 1. Mai: Wir sind im dritten Monat eines brutalen Angriffskriegs in der Ukraine, der auch diese Ausgabe beherrscht. Ein Ende scheint zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Sicht. Über die vielfältigen Hilfen in Berlin und bei uns im Bezirk berichten wir hier. Und wir sind bereits im dritten Jahr einer Pandemie, deren Folgen wir weiterhin spüren. Also kein MyFest. Trotzdem kommen wir hinaus auf die Straße. Wir wollen mit Euch ins Gespräch kommen und vielleicht seid Ihr jetzt unter den ersten, die diesen Stachel in Händen halten. Denn auf der anderen Seite herrscht seit den Wahlen im Herbst '21 auch Aufbruch: Wir sind gestärkt in der Verantwortung im Land und im Bezirk und neu dabei im Bund. Der lähmende Stillstand ist vorbei und endlich werden spürbare Schritte möglich, den Klimawandel aufzuhalten und das 1,5° Ziel doch noch zu erreichen. Darüber, über faire Mieten, die Umsetzung der Mobilitätswende und viele weitere lokale Initiativen lest Ihr in dieser Ausgabe.

Mit der Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit wünscht Euch viel Spaß beim Lesen

Eure Redaktion



Foto: rr

Solidarität mit der Ukraine

All Refugees Welcome Xhain ist ein sicherer Hafen

Inhalt

Feministische Außenpolitik	Seite 2
Weg vom Gas	2
Masterplan Geflüchtete	2
Ankommen in Berlin	3
Aus der Ukraine nach Xhain	3
Interview: Florian Schmidt	3
Haushalt Land	4
Haushalt Bezirk	4
Grün im Bund	4
Umstrittene Skulptur	5
Karstadt	5
Sozialarbeit	5
Vorstellung BVV-Fraktion	6
Impressum	6
Interview: Annika Gerold	7
A100	7
Kiezblocks	8
Kotti-Wache	8
Kooperative Stadt	9
Wohnungspolitik	9
Rund ums Bezirksparlament	10
ZUKUNFT am Ostkreuz	10
Rio Reiser	10
Service	10
Interview: Monika Herrmann	11
Maria von Maltzan	11
Nachruf: Manuel Sahib	12
Ukrainisches Gedicht	12
Kolumne	12

Im September hatten wir, die Friedrichshain-Kreuzberger*innen, die Wahl. Wir haben für unsere Ideen und Überzeugungen geworben, wir haben viel diskutiert, manchmal gestritten. Eines stand dabei nie zur Debatte: Unsere Freiheit und Demokratie.

Diese Selbstverständlichkeit des vergangenen Sommers ist heute nicht mehr dieselbe. Ende Februar ist die Welt aus den Fugen geraten. Der furchtbare Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns schmerzhaft vor Augen, wie zerbrechlich Demokratie, Freiheit und Frieden sind. Wir sehen wie russische Bomben auf Theater, Krankenhäuser, Schulen oder Geburtskliniken in Mariupol, Kharkiv oder Kiew fallen. Uns schockieren die grausamen Kriegsverbrechen in Butscha und andernorts. Doch nicht nur über Bilder kommt die Realität des Krieges auch hier in Berlin an, sondern mit Zügen voller vor dem Krieg Geflüchteter. Und die Menschen unserer Stadt zögern nicht. Sie öffnen ihre Herzen und Haustüren und beweisen seit Wochen eine nahezu unerschöpfliche Solidarität. Daher gilt unser Dank allen engagierten Berliner*innen und Xhainer*innen.

Einfach machen ...

Wie einer Familie aus Friedrichshain, die ich kennenlernen durfte. Sie sind Anfang März mit einem selbstgebastelten Schild in der Hand an den Hauptbahnhof gefahren. Den Rückweg nach Friedrichshain fuhren sie gemeinsam mit drei Frauen, die sie bei sich aufnahmen – Tochter,



Clara Herrmann, Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg

Foto: Kilian Vitt

Mutter und Großmutter. Die Männer der Familie sind in der Nähe von Kiew geblieben, um dort auf das Zuhause aufzupassen und für die Freiheit zu kämpfen.

Über offizielle Wege hat Berlin bislang (Stand 05.04.22) mehr als 27.000 Geflüchtete aus der Ukraine zumindest temporär untergebracht. Täglich bedeutet das bis zu 3.000 Menschen. In unserem Bezirk sind

über 1.000 Geflüchtete offiziell in Hotels oder Einrichtungen einquartiert. Dazu kommen unzählige weitere, die privat untergekommen sind. Seit vielen Wochen leisten ehrenamtliche Helfer*innen Unglaubliches. Es werden Spenden gesammelt, Menschen versorgt und Kinder betreut.

Auch unsere Verwaltung wächst derzeit über sich hinaus. In der Krise zeigt Friedrichshain-Kreuzberg, dass wir unabhängig von Parteifarben gemeinsam und pragmatisch nach Lösungen suchen. So haben wir Anfang März die internen Prozesse umgestellt und den BVV-Saal zur Erstanlaufstelle für Geflüchtete umfunktioniert. Mit Stand Anfang April hat unser Sozialamt in Xhain gut 3.000 Personen versorgt, was knapp 20% der Gesamtberliner Fallzahlen entspricht. Wir warten nicht auf Entscheidungen des Bundes, wir machen einfach.

Das Gesundheitsamt organisiert Sprechstunden in ukrainischer Sprache und führt dezentrale Impfangebote durch, das Schulamt hat bereits zahlreiche Kinder mit Schulplätzen in Regelklassen versorgt und Willkommensklassen eingerichtet. Das Jugendamt betreut minderjährige unbegleitete Geflüchtete, die Volkshochschule bietet ein breites Angebot an Kursen für Geflüchtete, aber auch für Helfer*innen an – so gibt es

einen kostenfreien Online-Kurs Ukrainisch für Einsteiger*innen. Den Kurs leitet Olena Beketova, die selbst aus Kiew flüchten musste.

Perspektiven geben

Wir alle wünschen uns, dass der Krieg beendet wird, aber die schrecklichen Bilder aus Mariupol und anderen Städten können uns nur eine Ahnung der Zerstörung geben. Wir müssen den Geflüchteten hier in Berlin und in Xhain eine Perspektive geben – allen Geflüchteten. Laut UNHCR sind bereits mehr als 4,2 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, darunter mehr als 200.000 Drittstaatsangehörige (Quelle IOM). Es ist mit bis zu 10 Millionen Geflüchteten zu rechnen. Darüber hinaus schweben die Krisen in anderen Teilen der Welt weiter. Selbstverständlich wird Friedrichshain-Kreuzberg alles dafür geben, Geflüchtete bei uns aufzunehmen und gut zu versorgen. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung. Und wir in Xhain unterscheiden nicht, für uns gilt: All Refugees Welcome.

Clara Herrmann, Bezirksbürgermeisterin

Feministische Außenpolitik: Jetzt erst recht

Das Konzept einer „Feministischen Außenpolitik“ spielt seit Jahren eine immer größere Rolle. Doch was bedeutet diese Strategie in der Welt der Diplomatie konkret? Auch in Deutschland sind dies nicht mehr nur theoretische Überlegungen, sondern konkrete Möglichkeiten, seit mit Annalena Baerbock eine grüne Frau ins Außenministerium eingezogen ist.

In der Praxis geht darum, dass menschliche Sicherheit, Menschenrechte und die Prävention von gewaltsamen Konflikten im Mittelpunkt der Außenpolitik stehen sollen, nicht rein geo- oder machtpolitische Erwägungen. Der Blick auf die Bedürfnisse der Menschen eröffnet auch die Denkräume, anders auf Konflikte wie den Krieg in der Ukraine zu blicken und statt über staatlichen Interessen über die Menschen in diesen Staaten zu sprechen, die zum Opfer dieser Interessen werden. Damit kommt man automatisch zu den zentralen Forderungen einer feministischen Außenpolitik: Restriktive Rüstungsexporte, Rüstungskontrolle, Abrüstung. Und es geht um Repräsentanz, um Rechte sowie um Ressourcen für Frauen.

Auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird auf die Werte und Strategien einer feministischen Außenpolitik positiv Bezug genommen. Der „Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik“, heißt es dort. Und weiter: Auch „wollen wir koloniale Kontinuitäten überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen und unabhängige wissenschaftliche Studien zur Aufarbeitung des Kolonialismus veranlassen“.

Das Konzept einer feministischen Außenpolitik wird spätestens seit der Jahrtausendwende breiter entwickelt. Wichtig war dabei die Aufarbeitung der Jugoslawienkriege. Es geht darum, den traditionellen Sicherheitsbegriff um einen erweiterten Sicherheitsbegriff zu ergänzen und damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus stellen.

Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa



Demo am Brandenburger Tor

Foto: Ip

(OSZE) stützt sich auf einen weiten Sicherheitsbegriff, der die sogenannten „drei Dimensionen“ umfasst: erstens die politisch-militärische Dimension, zweitens die wirtschaftliche und ökologische Dimension sowie drittens die menschliche Dimension der Sicherheitspolitik. Auch wenn es gerade nicht so angesagt ist, dienen uns als Bausteine dazu eine restriktive Rüstungsexportpolitik, die Wiederbelebung der nuklearen und konventionellen Abrüstung und eine vorausschauende Rüstungskontrolle.

Frauen werden dabei nicht in die Rolle des Opfers gepresst, sondern übernehmen die Rolle aktiver Akteurinnen in den friedensschaffenden Prozessen der Nachkriegsgesellschaften. Denn wenn die Perspektive von 50

Prozent der Bevölkerung am Verhandlungstisch fehlen, können keine ausgewogenen Lösungen gefunden werden. Dort geht es auch darum, vor allem toxisch männlichen Geschlechterrollen, die sich nachteilig auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, entgegenzuwirken. Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter sind Menschenrechte.

Worte, die es mit Leben zu füllen gilt. Denn spätestens seit dem Morgen des 24. Februar, als wir auch in Deutschland in einer anderen Welt aufwachten, ist vielen wieder klarer, für welche konkreten Werte diese Worte stehen.

Zugegeben, die Forderung nach weltweiter Abrüstung klingt im Moment sehr realitätsfern. Und gerade deshalb ist jetzt feministische Außenpolitik gefragt.

■ Canan Bayram,
Mitglied des Bundestages

Der Angriff auf die Ukraine: Was nun?

Seit dem 24. Februar 2022 ist in Europa eine klare Rückkehrten- denz zur Realpolitik und einem klassischen Verständnis von Sicherheit zu beobachten. Die Delegationen zu Friedensgesprächen Russlands und der Ukraine sind maßgeblich durch Männer* geprägt, während die mediale Darstellung von Frauen* in diesem Krieg oftmals im Hinblick auf Mutterschaft, Flucht und Vergewaltigungen fokussiert ist. Selten wird auch mal eine Omi beim Schmeißen eines Molotowcocktails gezeigt, aber das stellt eher die Ausnahme als die Regel dar. Der öffentliche Diskurs ist geprägt von Aufrüstung und geo-politischen Macht. Ist unter diesen Umständen noch Platz für eine feministische Außenpolitik?

Ein großer Meilenstein für eine feministische Außenpolitik wurde im Jahr 2000 mit der Verabschiedung

der Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gelegt.

UNO-Resolution 1325

Der klassische Sicherheitsbegriff hatte stets staatliche Interessen sowie territoriale Abwägungen im Blick. Hier eröffnet die feministische Außenpolitik einen neuen Blick auf das Thema Sicherheit, indem es die menschliche Sicherheit in den Fokus stellt. Die Bekämpfung von Ungleichheiten ist zentraler Ansatz, auch im Hinblick auf Intersektionalität bzw. Mehrfachdiskriminierung. Auch die Klimakrise spielt hier eine zentrale Rolle, da sie globale wie nationale Ungleichheiten verstärkt. Ihre Bekämpfung stellt somit unweigerlich auch Teil einer robusten feministischen Außenpolitik dar.

Während es selbstverständlich wichtig ist, die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Verteidigung zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf die Wahrung der Normen des Völkerrechts, ist es gerade jetzt unabdingbar, den Ansatz der feministischen Außenpolitik zu stärken. In den jetzigen Zeiten ist es durchaus schwierig und vielleicht sogar kontrovers, die Flagge der feministischen Außenpolitik hochzuhalten. Aber feministische Außenpolitik kann mehr als Realpolitik. Sie stellt den Menschen ins Zentrum von sicherheitspolitischen Abwägungen, schützt vulnerable Gruppen und strebt eine inklusiven Friedensprozess an. Diesen Ansatz lohnt es sich zu verteidigen, auch in turbulenten Zeiten.

■ Stefanie Wesch

Zur Sonne, zur Freiheit

Trotz Putins Überfall auf die Ukraine verbrennen wir weiter munter russisches Gas, russisches Öl und russische Kohle – und auch russisches Uran. Dabei geht es auch anders.

Allein in den ersten 50 Tagen seit Kriegsbeginn haben die Länder der Europäischen Union über 30 Milliarden Euro für fossile Energieimporte nach Moskau überwiesen, so Schätzungen von „Beyond Coal“. Muss das so sein? Hängen wir wirklich so sehr an Putins Nadel, dass er alles machen kann, bevor wir auf seinen Stoff verzichten? Natürlich nicht. Auch wenn die Industrieverbände schreien - in wenigen Jahren müssen wir ohnehin auf russisches Gas verzichten - wie auf alle anderen fossilen Importe auch. Denn mitten im Krieg hat der Weltklimarat (IPCC) Anfang April in seinem Zwischenbericht klargemacht: Allen bisherigen Verpflichtungen zum Trotz steuern wir auf eine katastrophale Erwärmung von mindestens 3 Grad Celsius zu. Nur ein systemischer Wandel wird heftigste Klimafolgen abwenden und das 1,5-Grad-Ziel doch noch in Reichweite bringen, so die Expert*innen. Wir müssen also jetzt „springen“: In der Entwicklungszusammenarbeit nennt man das Überspringen von bestimmten Technologien „leapfrogging“ - so sprangen weite Teile Afrikas ohne den Zwischenschritt der Festnetze direkt zum Mobilfunk. Wir müssen ohne den „Zwischenschritt“ Gas in eine fossil-freie Zukunft springen. Auch wenn das zu Verwerfungen führen kann. Dabei müssen unabsehbare Folgen, sog. „Kaskadeneffekte“ (weil plötzlich irgendein Vorprodukt fehlt), vermieden werden. Zur Not durch Rationierung.

Flüssiggasimporte aus Katar oder den USA sind jedenfalls keine Lösung. Denn anders als oft behauptet, ist Gas nicht „besser“ als Kohle.

Zwar setzt das Verbrennen weniger CO₂ frei, aber dafür entweicht bei der Förderung und auf dem langen Weg in unsere Heizungskeller jede Menge Methan. Methan ist aber 80 mal klimaschädlicher als CO₂. Notwendig sind jetzt der beschleunigte Ausbau der inner-europäischen erneuerbaren Strom- und Wärmeversorgung, die Flexibilisierung des Strom- und Gasverbrauchs und natürlich auch das Energiesparen, etwa durch Dämmung oder Tempolimit. Dabei helfen drei Elemente, die bislang gefehlt haben: breiter politischer Wille, die ökonomischen Mittel und nicht zuletzt auch die stark gestiegene Einsicht in die Notwendigkeit der Transformation: Viele Menschen wollen jetzt Solaranlagen auf ihren Dächern und Wärmepumpen in ihren Kellern. Erneuerbare Energien sind von ihrer Natur her eher dezentral. Darin liegt ein unglaubliches Demokratisierungs- und auch Gerechtigkeitspotenzial. Alle sollten die Chance erhalten, ihre Energieversorgung selbst zu organisieren. Solche „energy communities“ wissen oft am besten, wie viel Energie sie wann brauchen – und auch wo sie Energie sparen können. Sie wissen, wo die Wind- und Solaranlagen am besten hinpassen. Und sie wissen am besten, wie sie Einsparung, Verbrauch und Erzeugung zusammenbringen. Das Energiesystem kann diese „Schwarm-Intelligenz“ nutzen! So heizen wir weder das Klima, noch grausame Angriffskriege an.

■ Philip Hiersemenzel,
Geschäftsführender Ausschuss

Es braucht einen Masterplan

Der Angriffskrieg von Wladimir Putin, der seit dem 24. Februar für Zerstörung, Leid und Tod in der Ukraine sorgt, ist eine politische Zeitenwende. Die Auswirkungen auf Berlin, das seitdem ein Drehkreuz für die Flucht nach Europa geworden ist, werden uns noch auf Jahre beschäftigen. Dafür braucht es einen Masterplan.

In den ersten Tagen von Putins Angriffskrieg in der Ukraine kamen täglich über 10.000 schutzsuchende Menschen in Berlin an – in Sonderzügen, mit Bussen oder in privaten Autos. Vier von fünf Geflüchteten sind Frauen und Kinder. Die UN rechnet mit 10 Millionen Menschen, die ihr Zuhause verlieren, doch wie sich die nächsten Wochen und Monate entwickeln werden, kann noch niemand wirklich absehen. Was in Berlin in direkter Reaktion auf die ankommenden Geflüchteten geleistet worden ist, ist überwältigend. Quasi über Nacht wurden beeindruckende Strukturen aufgebaut, was in großen Teilen der Solidarität der Berliner*innen zu verdanken ist. Viele Freiwillige sind es, die seit dem ersten Tag am Hauptbahnhof, am ZOB, an den Ankunftszentren und in den Unterkünften Tag und Nacht Unterstützung, Essen, Kleidung und vieles mehr organisieren. Doch uns muss allen klar sein: Auch wenn es sich gerade für Ehrenamtliche, Senatsverwaltung und Politik so anfühlt wie ein Sprint auf Höchstleistung, es wird ein Marathon!

Um dem Anspruch Berlins als sicherer Hafen gerecht zu werden, müssen wir aber nach schneller Reaktion und erster Hilfe die langfristige Perspektive in den Fokus nehmen. Das

bedeutet einen organisatorischen, logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft. Dabei gilt es unbürokratische Lösungen zu finden, die vor allem funktionieren. Nach der ersten Unterbringung und Versorgung mit dem Nötigsten, braucht es über die kommenden Wochen und Monate Strukturen, die den Menschen Ankommen und Teilhaben ermöglichen. Für diejenigen, die in Berlin bleiben, gilt es den diskriminierungsfreien Zugang zu Aufenthaltsrecht und Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Der Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt sind ebenfalls drängende Fragen der kommenden Monate. Es gilt zu verhindern, dass nicht zuletzt zu viel Bürokratie dazu führt, dass Menschen in den kommenden Monaten aufs Abstellgleis geraten. Es braucht Wohnungen, Anerkennung von Abschlüssen, Sprachkurse, Kita- und Schulplätze, psychologische Versorgung und Anlauf- und Hilfestrukturen für vulnerable Gruppen, sei es für Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, BIPOCs oder Roma. Humanität und Solidarität dürfen daher nicht nur die Maßgabe politischen Handelns für die ersten Wochen bleiben, sondern müssen uns in allen zukünftigen Entscheidungen leiten. Schon wieder beginnen die ersten mit

Kampagnen zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden, Schutzbedürftige gegeneinander auszuspielen, anstatt sich um solidarische und gerechte Lösungen für alle zu bemühen.

Die Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen Enormes geleistet. Die gezeigte Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie verzweiferten Lage Hoffnung. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken und dauerhaft funktionierende Strukturen zu schaffen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen professionellen und den bestehenden ehrenamtlichen Strukturen von besonderer Bedeutung, um die Kontinuität von Projekten und Angeboten zu sichern und eine stete Verbesserung der Angebote zu erreichen. Nur indem man alle Fragestellungen zusammen denkt, wird es gelingen einen „Masterplan“ zu entwickeln, der die Teilhabe und Inklusion aller geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert.

■ Vasilii Franco,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Ankommen in Berlin

Für viele ukrainische Familien gilt es in den nächsten Wochen ein Ankommen in Berlin zu ermöglichen sowie die Betreuung und schulische Ausbildung der Kinder und Jugendlichen zu sichern. Die hierfür erforderlichen Strukturen müssen Land und Bund gemeinsam finanzieren.

Am 24.2.2022 hat Putin einen grausamen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen. Ende März waren bereits 3,6 Millionen Menschen vor diesem Krieg auf der Flucht. Vor Bomben und Gewalt. 90 Prozent von ihnen sind Frauen mit Kindern oder unbegleitete Kinder und Jugendliche. Berlin hat sich zu einem Drehkreuz der Fluchtbewegung entwickelt. Tausende Menschen sind am Hauptbahnhof oder am ZOB angekommen. Ehrenamtliche haben schnell Strukturen der Versorgung aufgebaut, die nun nach und nach der Senat unterstützt und übernimmt. Viele Ankommende bleiben vorerst in der Stadt. Sie müssen mit Wohnraum, grundlegenden Gütern des Alltags aber auch mit einer Infrastruktur versorgt werden, die Familien in ihren Bedarfen auffängt und eine zeitnahe Kinderbetreuung und Beschulung möglich macht.

Herausforderungen für die Landesebene

Wie kann es uns auf Landesebene gelingen, diese Bedarfe konkret zu erfassen und darauf zugeschnittene Maßnahmen zu initiieren? Und aus welchen Ressourcen können damit verbundene Kosten gedeckt werden? Der Krieg war nicht vorhersehbar, deshalb enthält der aktuelle Landeshaushalt keine Mittel für die Versorgung der Geflüchteten. Neben Geldern, die allgemein für ein Krisenmanagement eingeplant sind, ist Berlin auf finanzielle Mittel des Bundes angewiesen.

Für die Erstaufnahme von unbegleiteten Minderjährigen ist die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zuständig. Alle ankommenden Kinder und Jugendlichen werden durch Erstaufnahmeeinrichtungen erfasst. Diese Einrichtungen sind Tag und Nacht geöffnet und organisieren die Unterbringung. Falls das Vorclearing ergibt, dass eine bundesweite Verteilung dem Kindeswohl



Geflüchteten-Cafe in der Haasestraße

Foto: lp

entgegensteht, durchlaufen die Kinder ein Aufnahmeverfahren in eigens dafür eingerichteten Jugendhilfeeinrichtungen.

Aufstockung der Kita- und Schulplätze

Unser Ziel ist die erfolgreiche Integration der in Berlin bleibenden Familien. Herausforderung hierbei ist die Schaffung von Kita- und Schulplätzen in einem bereits ausgelasteten System. Aber in der Not rücken Kitas und Schulen zusammen: Alle Akteur*innen sind offen für niedrigschwellige und schnelle Lösungen, um Kindern Struktur und Kontakt mit anderen Kindern zu ermöglichen und damit für Familien einen Hauch von Normalität zu schaffen.

Durch unbürokratisches Ausstellen von Kitagutscheinen, die Aufnahme von ukrainischen Fachkräften in den Kitas, weitere Räume und größere Gruppen. Die unbekannte Größe dabei ist, für wie lange diese Lösungen halten müssen.

Integration ukrainischer Schüler*innen und Pädagog*innen

In Berlin stehen alle Beteiligten vor der Frage: Wie lange werden die Kinder und Jugendlichen bleiben und worauf soll bei ihrer weiteren Schulbildung der Schwerpunkt gelegt werden? Auf dem Lernen der deutschen Sprache, der Integration in das deutsche Schulsystem oder auf dem

Weiterführen des ukrainischen Curriculums? Besonders Jugendliche, die kurz vor ihrem Schulabschluss stehen, brauchen hier schnell Klarheit. Ein guter Moment, um pragmatische Ideen in die Praxis umzusetzen: Bei-

spielsweise in Form hybrider Unterrichtsmodelle, die im Wechsel die digitalen Unterrichtsangebote aus der Ukraine mit den Schultagen vor Ort verbinden: ukrainische Inhalte digital, deutsche Sprache und Miteinander vor Ort. Eine andere Idee sind Pop-Up-Schulen durch Umnutzung von Räumen und das Zusammenbringen von ukrainischen Lehrkräften mit ukrainischen Schüler*innen.

Voraussetzung für diese Modelle ist die schnelle Integration von ukrainischen Pädagog*innen durch Anerkennung ihrer Abschlüsse und den zügigen Abschluss von Arbeitsverträgen. Damit könnten sie die Verbindung zu den Kindern und zwischen den Bildungssystemen sein.

Für eine nachhaltige Integration ist es wichtig, für alle Orte des Willkommens und Wohlfühlens zu schaffen – für die Kinder, die neu gekommen sind, aber auch für die Kinder, die schon immer hier waren. Es geht um Lösungen, welche die Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimat und einen Frieden in der Ukraine einschließen, die aber auch ein dauerhaftes Verbleiben in Berlin in Betracht ziehen.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Neubau und Umwidmung

Baustadtrat Florian Schmidt im Gespräch zur Wohnsituation der Geflüchteten in Friedrichshain-Kreuzberg

Stachel: Die Lage in der Ukraine ist dramatisch, die Hilfsbereitschaft ist groß. Was können und müssen wir kurz- und mittelfristig tun, um dauerhafte Lösungen in Hinblick auf die Wohnsituation der Geflüchteten zu erreichen?

Florian Schmidt: Zunächst einmal müssen wir uns klar machen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit viele Geflüchtete aus der Ukraine lange oder für immer in Berlin bleiben werden. Zwar gibt es den Königsberger Schlüssel, der die Verteilung von Geflüchteten über ganz Deutschland vorsieht, aber Berlin hat die größte ukrainische Community, weshalb viele hier bleiben werden. Das bedeutet einen erheblichen Mehrbedarf an Wohnraum. Diesen zu decken gelingt zum einen, indem wir dichter zusammenrücken und zum anderen durch die Schaffung von neuem Wohnraum, durch Umnutzung und Neubau. Der Senat wird hier Antworten liefern müssen, gerade was die Umnutzung von Hotels und Bürogebäuden betrifft. In der Not ist da einiges möglich, wie wir gerade sehen. Ob aber mittelfristig Hotels und Büroflächen in relevanten Größenordnungen umgebaut werden, da habe ich meine Zweifel. Es braucht also unbedingt und schnellstmöglich auch mehr Wohnungsneubau und auch unser Bezirk muss einen Beitrag leisten.

Heißt das auch, schneller zu werden? Die Akzeptanz scheint hoch, aber besteht das Risiko, dass dies zu Lasten der Beteiligungsprozesse geht?

Wir müssen vor allem kreativer werden, denn die legitimen Anliegen der Nachbarschaften sind bekannt. Insbesondere der Verlust von Grün (Bäume, Wiesen, Sträucher) muss minimiert werden – wir müssen sogar mehr Grünräume schaffen, um das Klima zu schützen. Und erst recht, wenn neuer Wohnraum entsteht. Also müssen wir vor allem Parkplätze, Straßenraum und manchmal auch Gewerbeflächen umwidmen, um Wohnraum

zu schaffen. Auch höher bauen, um weniger Fläche zu versiegeln, ist ein Weg. Beim Neubau für Geflüchtete wollen wir insbesondere auf die Beteiligung von Geflüchteten setzen.

Auch Geflüchtete aus anderen Krisen- und Kriegsregionen (Syrien, Mittelmeer etc.) brauchen weiterhin dringend unsere Hilfe. Siehst Du die Gefahr, dass sie aus dem Fokus geraten?

Leider gab es sehr abrupte Umquartierungen zu Ungunsten von Geflüchteten aus dem arabischen Raum, das LAF sollte hier mehr Fingerspitzengefühl zeigen. Was den Neubau betrifft, sehe ich diese Gefahr nicht, eher im Gegenteil – denn der Druck, mehr und guten Wohnraum zu schaffen, nützt am Ende allen.

An welchem Ort konkret siehst Du am ehesten die Chance, eine experimentelle Standortlösung mit Mischnutzung exemplarisch und zeitnah umzusetzen?

Die wichtigsten Standorte sind das Dragonerareal am Mehringdamm, die Friedrichstraße 18/19 neben der TAZ, die Franz-Künstler-Str. hinterm Jüdischen Museum und die Ratiborstraße. In Friedrichshain halten wir am Strausberger Platz ein Grundstück vor und zahlreiche Grundstücke der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) haben erhebliches Baupotential. Wir sind gerade dabei, kooperative Prozesse umzusetzen und die Standorte möglichst experimentell mit verschiedenen Partnern zu planen. Es geht vor allem auch darum, Träger, die später die Geflüchteten betreuen, schon an der Planung zu beteiligen und Partner im Sozialraum vor Ort mit einzubeziehen. Die sicherlich spannendste Mischung könnte an der Friedrichstraße entstehen. Das Schwule Museum, das Bezirksmuseum und ein Träger für Geflüchtetenwohnen könnten gemeinsam einen ganz besonderen Standort aufbauen. Schon bald soll dazu eine Entscheidung fallen.

■ Das Gespräch führte Henry Arnold

Geflüchtete Familien in Xhain willkommen heißen

Wie kann der Bezirk Kinder und Familien unterstützen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt ihren Alltag, ihre Existenz und Heimat verlassen mussten?

Noch ist unklar, wie viele Geflüchtete in Friedrichshain-Kreuzberg angekommen sind und noch ankommen werden – umso größer ist die Herausforderung für die Einrichtung von Strukturen der Familienförderung, des Kinderschutzes, der Kinderbetreuung und Beschulung. Vernetztes Denken und Handeln der verschiedenen Akteure ist notwendig, um geflüchteten Familien dabei zu helfen, gut im Bezirk anzukommen und ihre teils traumatischen Erfahrungen zu verarbeiten.

Vernetzung und erste Schritte

Das Jugendamt in Friedrichshain-Kreuzberg schloss sich früh einem Koordinierungsstab an, auch um zügig Standards des Kinderschutzes überall da umzusetzen, wo Kindern begegnet wird. Verschiedene Träger boten frühzeitig in ihren Einrichtungen Unterstützungs- und Gesprächsangebote für geflüchtete Familien sowie für Personen an, die geflüchtete Familien aufgenommen haben. Denn die logistische und emotionale Belastung ist auch auf Helfer*innen-Seite vorhanden und muss aufgefangen und begleitet werden. Eine Aktionsgruppe der landeseigenen Kitabetriebe fand eine Lösung, um geflüchtete Familien

frühzeitig niedrigschwellige Kinderbetreuung anbieten zu können: dafür öffneten einzelne Kitaleitungen schon im März an den Wochenenden stundenweise ihre Einrichtungen und betreuten Kinder geflüchteter Familien. Eine private Initiative aus dem Bezirk organisierte die Kontaktaufnahme zu Sportvereinen, um Kindern, die in der Ukraine Sport getrieben haben, die Möglichkeit zu geben, dies auch hier zu tun. Mitglieder der Initiative konnten Kinder in Trainingsgruppen vermitteln, sie dahin begleiten und mit Übersetzungsarbeit sprachliche Barrieren überwinden helfen.

Ein Problem beim Ausbau der vielfältigen Strukturen stellt der schon vor dem Krieg bestehende Fachkräftemangel im Jugendhilfebereich dar. Deshalb wollen wir Wege finden, ukrainische Fachkräfte schon frühzeitig zu registrieren und beruflich zu integrieren. Entweder in ihrem gelernten Beruf oder als Integrationshelfer*innen oder auch Sprachassistent*innen an Kitas, Schulen oder Jugendhilfeeinrichtungen.

Koordination ist auch hier der Schlüsselfaktor. Denn Angebote müssen ihre Zielgruppen finden, Arbeitnehmer*innen zu potenziellen Arbeitgeber*innen, Kinder zu den für sie passenden Kita- und Schulplätzen.

Erste Schritte sind getan: sogenannte Willkommensgutscheine wurden an

Familien mit Kitakindern ausgeteilt und Gastkinder an Kitas aufgenommen. Die Senatsverwaltung ermöglicht eine zeitweilige Überbelegung der Kindertageseinrichtungen, damit ukrainische Kinder zusätzlich in schon bestehende Gruppen aufgenommen werden können. Doch mittelfristig ist die Überbelegung nicht haltbar.

Wieder Hoffnung geben

Deshalb fordern wir als grüne Mitglieder des Jugendhilfeausschusses Xhain die Landesebene auf, sich beim Bund für mehr Mittel für einen zügigen Kita-Ausbau einzusetzen. Denn erst wenn die Kinder in verlässlicher Betreuung sind, können Eltern an regelmäßigen Deutschkursen teilnehmen, einen Wiedereinstieg in ihren Beruf realisieren und damit ihre Existenz absichern.

Ungeachtet dessen, ob die Geflüchteten ihre Zukunft in der Ukraine oder in einer neuen Heimat Berlin verbringen werden: Wir heißen sie im Bezirk willkommen und hoffen mit ihnen auf einen Alltag im Frieden.

■ Olja Koterewa, Bezirksverordnete

Grüne Haushaltspolitik im Vierklang

Zusätzliche Investitionen in die Stadt, weitere Hilfen in der Corona-Krise, Vorsorge für neue Belastungen, etwa durch Putins Krieg und zugleich Schulden abbauen: Was zunächst nach einer Quadratur des Kreises klingen mag, ist für Grüne Haushaltspolitik ein Vierklang. Es sind diese vier haushaltspolitischen Leitlinien, die den Entwurf des neuen Landshaushalts für 2022 und 2023 kennzeichnen.

Natürlich sind die finanziellen Begehrlichkeiten und berechtigten Erwartungen an die Politik immer größer als die Möglichkeiten eines Finanzsenators. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik heißt deshalb auch, Prioritäten zu setzen und die Risiken für die öffentlichen Einnahmen im Blick zu behalten. Berlin hat sich in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht erstaunlich schnell von der Coronakrise erholt. Aber so erfreulich diese Entwicklung ist, fortsetzen wird sie sich leider nicht. Hinzu kommen neue finanzielle Belastungen und wirtschaftliche Risiken durch den Krieg in der Ukraine.

In die ökosoziale Transformation investieren

Trotzdem will die Rot-Grün-Rote Koalition mehr Geld als je zuvor in die Stadt investieren. Denn diese Investitionen sind der Motor für den ökosozialen Umbau Berlins. Schwerpunkte sind die Verkehrswende und der Klimaschutz, der soziale Wohnungsbau, der Bildungsbereich und eine moderne digitale Verwaltung. Die Gesamtausgaben des Landes für den ÖPNV erhöhen sich auf nunmehr rund 1,2 Mrd. Euro im Jahr. Für den Bau von 5.000 öffentlich geförderten Wohnungen stehen insgesamt rund 1,5 Mrd. Euro bereit. Auch die Berliner Schulbauoffensive wird ausgeweitet: In den beiden Haushaltsjahren sind Mittel in Höhe von 1,4 Mrd. Euro für



Daniel Wesener

Foto: Vincent Villwock

den Neubau, die Erweiterung und Sanierung von Schulen vorgesehen.

Auch die öffentliche Verwaltung wächst weiter: Der Aufwuchs beim Personal fällt um mehr als 3.700 Stellen nur etwas geringer als in den

Jahren zuvor aus. So werden Polizei und Feuerwehr mit insgesamt 710 und die Schulen mit rund 1.500 neuen Stellen gestärkt. Hinzu kommen noch 400 neue Personalstellen für die Bezirksverwaltungen. Gegenüber 2020

stehen Berlins zwölf Bezirken zusätzliche Mittel im Umfang von rund einer halben Mrd. Euro zur Verfügung.

Die pandemiebedingten Ausgaben im Jahr 2021 beliefen sich insgesamt auf 3,9 Mrd. Euro. Diese massiven Mehrausgaben waren notwendig, um viele private Haushalte und Betriebe durch die Krise zu bringen. Auch die öffentlichen Unternehmen mussten in Form von Verlust-Ausgleichen gestützt werden. Allein für den öffentlichen Personennahverkehr Berlins sind dafür über eine Milliarde Euro geflossen. Der neue Senat hat das Versprechen der Vorgängerregierung erneuert: Wir werden weiterhin nicht in die Krise hineinsparen, sondern diejenigen unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind.

Vorsorge für alte und neue Risiken treffen

Mit dem Neustart-Programm wollen wir insbesondere krisengeschüttelten Wirtschaftsbranchen die Möglichkeit geben, nach der Pandemie wieder auf die Beine zu kommen und sich gleichzeitig zu modernisieren. Wir halten weiterhin Hilfen für Berlins Kunstschaffende sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft vor. Und wir treffen mit einer sogenannten Resilienz-Rücklage Vorsorge für die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Pandemie. Berlin muss künftig besser für große Krisen gewappnet sein.

Das zeigt nicht zuletzt Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Im Haushaltsplanentwurf ist ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag als eine Art Platzhalter gestellt, der aber wohl nicht ausreichen wird. Wir sind wir darauf angewiesen, dass auch der Bund seinen Teil der Lasten trägt.

Schulden abbauen, Landshaushalt ausgleichen

Während der Pandemie hat Berlin ebenso wie der Bund und andere Bundesländer im erheblichen Umfang neue Schulden machen müssen. Zurzeit sieht es so aus, als könnten einige dieser Corona-Notkredite früher als geplant getilgt werden. Das ist nicht nur gesetzlich vorgesehen, sondern entlastet den Landshaushalt in den kommenden Jahren. Die rot-grün-rote Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, spätestens zum Ende dieser Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Womöglich kann das bereits in diesem Jahr gelingen. Doch noch sind die finanziellen Folgen des Ukraine-Krieges und die langfristigen Auswirkungen der Pandemie weitgehend unklar. Wir werden weiterhin Prioritäten setzen, gerade im Bereich der Investitionen. Kurzum: Jeder Haushaltsplan ist nur so gut wie seine Umsetzung. Auch dafür steht der Grüne Vierklang.

■ Daniel Wesener, Finanzsenator

Willkommen in der Realität

Zu Beginn der Regierungsperiode standen die Grünen vermehrt in der Kritik. Dieses Bild hat sich mittlerweile gedreht. Dank neuer Impulse und zuverlässiger Arbeit, vor allem von Annalena Baerbock und Robert Habeck, entstand eine grüne Handschrift, die fraktionsübergreifend Beachtung findet.

Alte weiße Männer und einige Journalisten nahmen Annalena Baerbock zunächst nicht ernst, weil sie eine Frau ist. Sie belächelten sie für ihre Englisch und wegen ihrer mangelnden Arbeitserfahrung für ihre Ämter. Spätestens nach ihrer Rede über feministische Außenpolitik am 12.01.22 war der Shitstorm absehbar. Selbstbewusst und zur Verzweiflung der CDU-Fraktion, kündigte sie an: "(...) Daher folgen wir dem Beispiel Kanadas und Schwedens und setzen eine Strategie für eine feministische Außenpolitik auf. Und ja ich weiß, manchen fällt hier schwer, den Begriff auszusprechen. (...) Es geht um Repräsentanz, es geht um Rechte, und es geht um Ressourcen. Denn, wenn die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert oder auch bezahlt ist, sind Demokratien nicht vollkommen". Inzwischen hat sich der Blickwinkel verändert. Die grüne Partei wird in der Koalition umfassend gelobt und das nicht nur, weil in den Ressorts Außenpolitik oder Wirtschaft und Energie auf Zukunft gesetzt wird.

Der Wirtschaftsminister und Vizekanzler zeigt sein Können nicht "nur" im Pragmatismus auf der Suche nach der Unabhängigkeit von Kohle, Öl und Gas aus Russland und seiner Hartnäckigkeit, neue Energien auf breiter Basis zu fördern. Diese Aufgaben ging wegen der Bequemlichkeit von 16 Jahren CDU-Führung und deren Kuschkurs mit Vladimir Putin niemand an. Der Philosoph aus dem hohen Norden glänzt zudem in der Kommunikation auf allen Kanälen, indem er transparent gegenüber seinen Wähler*innen bleibt. Außerdem ist er immer wieder in seinem Wahlkreis präsent und fördert politischen Dis-

kurs, indem er Politikverdrossenheit die Stirn zeigt. Er spricht Klartext, wirkt dabei authentisch und traut sich, die Deutsche Bequemlichkeit anzuprangern. Zuletzt bei „Deutschland Trend“ gab es eine Zunahme von 7 % (mehr als der Monat davor) mit der Arbeit des grünen Vizekanzlers und 3 % mehr für die Außenministerin.

Die Grünen Minister*innen Baerbock und Habeck stehen für ein neues Denken und Handeln in der Gesellschaft, was nach 16 Jahren merklicher Lethargie nötig ist. Dennoch ist zu kritisieren, dass sich die FDP das Verkehrsministerium, eine tragende Säule der grünen Programmatik, schnappte – und das, obwohl die Liberalen mit 11,05 % deutlich hinter den Grünen lagen (14,08 %). Prompt folgte das Resultat: Deutschland ist noch nicht bereit für ein Tempolimit auf der Autobahn – auch nicht während des Angriffskrieges gegen die Ukraine, um die Versorgungsabhängigkeit von Russland schnell zu reduzieren. Die Solidarität ist da – reicht aber nur bis zur Fußmatte und nicht bis ins Wohnzimmer der Deutschen.

Laut Robert Habeck im Interview mit dem Stachel am Tag der Kanzlerwahl zeigte er sich selbstkritisch mit dem Ergebnis des Koalitionsvertrages in puncto Wohnungspolitik: "Beim Mieten und Bremsen von Mieten (...) muss man sagen, dass es noch unzureichend ist". Doch Annalena Baerbock und Robert Habeck erkannten die Dringlichkeit von Themen, wie der feministischen Außenpolitik, Förderung von neuen Energien und der Energieunabhängigkeit von Autokraten. Es ist ein langer Weg, aber der Start ist geglückt.

■ Fátima Lacerda

Kein Wunschhaushalt in Xhain

Während das Abgeordnetenhaus noch mitten in den Haushaltsberatungen steckt, sind die Bezirke damit schon fertig. Innerhalb weniger Wochen haben die Verordneten sich durch die einzelnen Kapitel gearbeitet, viele Fragen gestellt und am Ende nach Abstimmung zahlreicher Änderungsanträge einen Haushaltentwurf beschlossen.

Der Bezirkshaushalt für Friedrichshain-Kreuzberg umfasst etwa 780 Millionen Euro pro Jahr. Dabei kann die BVV aber nur bei einem kleinen Teil steuern, was mit dem Geld passiert. Ca. 90 Prozent sind für Pflichtausgaben wie z. B. Sozialleistungen oder Gehälter der Mitarbeiter*innen im Bezirksamt eingeplant. Auch Einnahmen kann der Bezirk nicht beliebig generieren.

Auch wenn wir an einigen Stellen gemeinsam mit der SPD, unserem Zählgemeinschaftspartner, Verbesserungen vornehmen konnten, fehlte insgesamt der Spielraum, um in allen für uns wichtigen Themenbereichen ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere für den Klimaschutz, die Verkehrswende oder die soziale und kulturelle Infrastruktur im Bezirk.

Wir sind jedoch optimistisch, dass durch die Beratungen im Abgeordnetenhaus und die Schwerpunktsetzung der RGR-Koalition auf Landesebene noch weitere Verbesserungen für die Bezirke folgen werden.

Schwerpunkte Kultur, Bildung, Anti-Diskriminierung

Doch auch mit den beschlossenen Änderungsanträgen konnten wir politische Schwerpunkte setzen: Im Kulturbereich haben wir an einigen Stellen, z. B. für die Ersatzbeschaffung von Musikinstrumenten noch einmal Geld aus den Sondermitteln der BVV draufgelegt. Wir haben auch den Bereich der Archive und Sammlungen des FHXB-Museums gestärkt, damit unser Bezirksmuseum auch aktuelle zeitgeschichtliche Dokumente für die Zukunft erhalten können.

Vor allem werden Mittel für ein Ersatzangebot für die Else-Ury-Bibli-

othek bereitgestellt, die leider wegen Brandschutzmängeln unerwartet schließen musste. Die Familienbibliothek stellt eine unverzichtbare soziale Infrastruktur für den Kiez dar.

Im Bereich Bildung stärken wir die Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas, indem wir mehr Geld für zusätzliche Personalstunden bereitstellen. Denn der Schutz vor Diskriminierung ist für uns ein wichtiger Baustein, wenn es darum geht, Chancengleichheit für alle Kinder zu erreichen.

Wir stärken das Ehrenamt in unserem Bezirk, in dem wir Gelder bereitstellen, etwa für schulische Gremienarbeit, für die jährliche Sportler*innenehrung oder für die mittlerweile sieben temporären Spielstraßen in unserem Bezirk, die Geld für die Anschaffung von Spielgeräten und anderem zur Belebung der Straßen zur Verfügung gestellt bekommen.

Mehr finanzielle Mittel für die Bezirke

Aber klar ist auch, in vielen Bereichen fehlen uns als Bezirk die Mittel, um unsere politischen Schwerpunkte wirklich umzusetzen. Daher haben wir einen Appell an die Landesebene gerichtet, denn gut ausgestattete, funktionierende Bezirke sind die Fundamente unserer Stadt.

Mittel fehlen z.B., wenn es darum geht, konkrete Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, Entsiegelungsprojekte voranzutreiben, bei Baumpflanzungen und Baumpflege. All das ist aufgrund der Klimakrise dringend notwendig!

Die Pflanzung und Pflege eines einzigen klimaresilienten Baumes kostet mehr als 10.000 Euro. Diesen einen Baum werden wir pflanzen, dafür

haben wir Mittel im Haushalt bereitgestellt. Dieser eine Baum ist zugleich aber auch ein Symbol dafür, dass wir dringend mehr Geld brauchen, um Klimaschutz und notwendige Anpassungen an die Klimakrise weiter vorantreiben zu können. Xhain ist der am dichtesten besiedelte Bezirk. Viele Menschen sind auf die Parks und Grünflächen vor der Haustür angewiesen. Der Erhalt unserer grünen Infrastruktur ist deswegen auch eine soziale Frage.

Das gilt auch für unsere Spielplätze, die saubere und sichere Orte für unsere Kinder sein müssen. Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement, indem wir Kisten mit Reinigungsmaterial und Informationen zur Verfügung stellen. Aber auch hier müssen wir unsere Anstrengungen verstärken und setzen dabei auch auf die Unterstützung durch die Landesebene.

Wir brauchen mehr Personal für das Ordnungsamt. Mit einem Modellprojekt für digitale Verkehrsüberwachung versuchen wir, die Parkraumbewirtschaftung schnell und effizient auf den gesamten Bezirk auszuweiten. Dazu werden auf Bundes-ebene hoffentlich bald die rechtlichen Grundlagen gelegt.

Mieter*innenschutz und der Erhalt der Xhainer Mischung sind wichtig. Leider ist uns durch das Gerichtsurteil zum Vorkaufsrecht viel politische Gestaltungsmacht verloren gegangen. In dieser Situation ist es umso wichtiger, dass die Landesebene die Bezirke dabei – auch finanziell – unterstützt Verdrängung zu verhindern und Mieter*innen, Kleingewerbe und Soziokultur zu schützen.

■ Sarah Jermutus, Bezirksverordnete

Gewalt gegen Frauen ist keine Deko

Die Skulptur „Der seltene Fang“ im Kreuzberger Viktoriapark zeigt sexualisierte Gewalt in aller Öffentlichkeit. Die Initiative „Nixen- und Meerjungfrauen*solidarität“ kritisiert das und kann mit unserer Unterstützung rechnen.

Ein Spaziergang im Viktoriapark gehört für viele zu den schönsten Freizeitaktivitäten in Kreuzberg. Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Berg zum Park umgestaltet. Das neu geschaffene „Gebirgsidyll“ wurde zwar als „würdige Kulisse“ für das Nationaldenkmal gewissermaßen im Dienste des preußischen Militarismus erschaffen, doch mit Wasserfall, alten Bäumen und einem für Berlin ungewohnten Ausblick über die Dächer der Stadt, ist es eine wichtige und Erholung bietende grüne Oase in unserem dicht besiedelten Bezirk.

Etwas aber trügt das vermeintliche Idyll: Die Skulptur am Ufer des Teiches, in den der Wasserfall mündet. Sie zeigt einen Mann, offenbar einen Fischer, der eine Frau, offenbar eine ins Netz gegangene Meerjungfrau oder Nixe, gewaltsam festhält. Sie windet sich und will seinen Fängen entkommen – offensichtlich geschieht das Festhalten gegen ihren Willen.

Weder romantisch noch unschuldig

„Der seltene Fang“, von Ernst Gustav Herter geschaffen, steht seit 1896 am Fuße des künstlichen Wasserfalls im Viktoriapark. Den Spaziergang verdirbt sie einem gründlich: Die Skulptur ist weder romantisch noch unschuldig. Hier wird eindeutig die Gewalt eines Mannes über eine Frau dargestellt. Rape culture, also die Verharmlosung und Normalisierung von vergeschlechtlicher bzw. sexualisierter Gewalt, mitten im Viktoriapark!

Konsequenterweise bleiben die Skulptur und ihre patriarchale Botschaft nicht unwidersprochen. Am diesjährigen Frauenkampftag haben Aktivist*innen abermals interveniert und die Skulptur mit einem Schild versehen: „Unsere Gedanken sind bei der Nixe und allen Menschen, die zu Hause, während der Arbeit, im Krieg, auf der Flucht oder woanders sexualisierte Gewalt erleben mussten und müssen. Skulpturen wie



Umstrittene Skulptur im Viktoriapark

Foto: uy

diese lassen Übergriffe auf Körper von Frauen* normal und sogar dekorativ erscheinen. Diese Skulptur ist Teil des Problems, denn sexualisierte Gewalt ist keine Deko, sondern ein Verbrechen!“ (nachzusehen auf Twitter: @UndNixen)

Abbau oder Kontextualisierung?

Gemeinsam mit der Initiative beraten wir derzeit geeignete Maßnahmen zum Umgang mit der Skulptur. Wir finden: Diese Skulptur passt so gar nicht zu unserem Bezirk! 126 Jahre dekorative Verherrlichung sexualisierter Gewalt sind mehr als genug! Doch der Abbau der Skulptur wäre keine einfache Option: Der Viktoriapark wurde als außergewöhnliches Parkkunstwerk bereits vor über 40 Jahren als erste Grünanlage in West-Berlin unter Denkmalschutz gestellt. Und vielleicht ist es auch viel wirksamer, sich mit der Skulptur vor Ort auseinanderzusetzen, statt sie kommentarlos verschwinden zu lassen. Diskutiert wird beispielsweise das Anbringen einer Plakette mit einer kritischen Einordnung oder eine Kontextualisierung

durch eine weitere künstlerische Intervention in nächster Nähe der Skulptur.

Den adäquaten Umgang mit Darstellungen von sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum zu finden bedarf in jedem Fall eines gesellschaftlichen Diskurses und breiter Auseinandersetzung. Einen solchen Diskursprozess wollen wir anhand dieser Skulptur gemeinsam mit der Initiative über einen entsprechenden Antrag zum Umgang mit solchen Zeugnissen der Verherrlichung patriarchaler Strukturen im öffentlichen Raum in der BVV anstoßen.

Klar ist: Es handelt sich nicht nur um eine Skulptur in einem Gartendenkmal, die „nunmal Teil des Parks ist“. Es geht um mehr. Es geht um die Darstellung und Repräsentation von Frauen in der Kunst und im öffentlichen Raum und um die Frage, welchen Darstellungen von Frauen wir im öffentlichen Raum unseres Bezirks begegnen möchten? Fällt euch in Friedrichshain-Kreuzberg eine Skulptur oder Statue ein, die eine Frau (auf nicht sexualisierte Weise) darstellt?

■ Werner Heck und Silvia Rothmund, Bezirksverordnete

Ein Schaufensterantrag reicht nicht

Nicht erst seit der Corona-Pandemie wissen wir, dass die soziale Spaltung in unserer Stadt und unserem Bezirk weiter rasant voranschreitet. Deutlich zu erkennen ist das an einer Veränderung des öffentlichen Raumes und wird oft unter dem Stichwort „Verwahrlosung“ zusammengefasst.

Immer mehr Menschen sind ohne Obdach, viele von ihnen schwer krank oder suchtbelastet oder ohne geklärten rechtlichen Status – und allzu oft auch viele dieser Dinge gleichzeitig. Die sozialen Hilfesysteme unserer Republik sind zu kompliziert und nicht niedrigschwellig genug. Um den Zugang zu schaffen, braucht es für die Betroffenen gut geschulte Sozialarbeiter*innen, die ihnen Hilfe zur Selbsthilfe geben können. Was dazu fehlt: Fachkräfte und Geld. Der Markt für Sozialarbeiter*innen ist leergefegt, insbesondere für solche mit interkulturellen Kompetenzen – und die öffentlichen Kassen werden wieder deutlich klammer.

Trotzdem ist und bleibt aufsuchende Sozialarbeit weiter eine Kernforderung Grüner Sozialpolitik! Wir kämpfen schon seit vielen Jahren dafür und sind zu oft auf taube Ohren gestoßen. Es gab oft einen Unwillen bei Verantwortlichen insbesondere auf der Landesebene, weil kontinuierliche Hilfeprozesse nun mal politisch nicht so „sexy“ sind, wie kurzfristige Law-and-Order-Aktionen, die bunte Pressefotos und markige Überschriften bringen. Es geht hier aber nicht um eine ordnungspolitische Frage, sondern um eine sozialpolitische! Das sieht, wie es scheint, auch der neue

Linken-Sozialstadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg so. Anders als sein ebenfalls linker Vorgänger möchte er Safe Places und Housing First in Xhain voranbringen und wirklich etwas für die Betroffenen bewirken. Dabei kann er uns Grüne in der BVV an seiner Seite wissen!

Sozialpolitik als „Eigenwerbung“?

Leider betreibt seine Fraktion nun aber eher Fundamental-Opposition: während die beiden Linken-Stadträt*innen im Bezirksamt für den Bezirkshaushalt stimmen, poltert ihre BVV-Fraktion laut gegen angeblich falsche Prioritätensetzung und eine Umverteilung zulasten ihrer Ressorts. Anstatt im Bezirksamt und auf Landesebene endlich die Grundlagen für mehr aufsuchende Sozialarbeit zu legen, sollten in der BVV nun auf den letzten Drücker plötzlich mehrere hunderttausend Euro herbeigezaubert werden. Dazu sollten die „Verstärkungs- und Verfügungsmittel“, die Reserve und der Notgroschen des Bezirks, herangezogen und nahezu komplett aufgebraucht werden. Die Idee hört sich erstmal gut an. Aber was steckt eigentlich dahinter? Stadt-

rat Nöll präsentierte überraschend ein Konzept, das der BVV bisher nicht bekannt war und möchte dazu neue Stellen für Sozialarbeiter*innen schaffen – während genau solche Stellen in seinem Amtsbereich noch unbesetzt sind.

Für uns stellt sich die Frage: Warum wurde uns dieses Konzept bisher nicht vorgestellt? Warum wurden bei der Aufstellung des Haushaltsplans im Sozialhaushalt genau dafür keine Stellen berücksichtigt? Und warum wurde darüber auch nicht im zuständigen Sozialausschuss gesprochen, als es um den Haushalt ging? Viele Bereiche im Bezirkshaushalt sind nicht so finanziert, wie wir es uns wünschen, weil das Geld dafür schlicht nicht ausreicht und der Bezirk an vielen Stellen auch schmerzhaft Einschnitte machen musste. Aber vielleicht hätten wir mit Gesprächen im Vorfeld zusammen eine Lösung finden können? Denn Sozialpolitik betrifft uns alle: sie ist das Querschnittsthema durch alle Bereiche. Wofür sie sich aber nicht eignet, ist für kurzfristige Profilierungspolitik zu Gunsten einzelner Parteien.

■ Magnus Heise, Bezirksverordneter

Karstadt am Hermannplatz muss kiezverträglich bleiben

Initiativen und Anwohnende vor Ort machen sich große Sorgen wegen des geplanten Umbaus des Karstadts am Hermannplatz. Sie sorgen sich vor Gentrifizierung und steigenden Mieten – und sehen die kleinteilige Gewerbestruktur im Kiez durch die Pläne des SIGNA-Konzerns in Gefahr.

Auch aus diesem Grund hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg mit dem grünen Baustadtrat Florian Schmidt die Pläne abgelehnt, worauf dem Bezirk die Zuständigkeit durch den damaligen Stadtentwicklungssektor Sebastian Scheel (Linke) entzogen wurde. Das war ein großer Fehler, denn die Verwaltung seines Nachfolgers Andreas Geisel (SPD) hat Anfang März den Aufstellungsbeschluss für das hoch umstrittene Projekt unterschrieben. Dabei ist noch immer nicht ganz klar, was der österreichische Großinvestor René Benko mit SIGNA dort alles ändern will und wie es am Ende aussehen soll.

Was will der SIGNA-Konzern?

Vorbild für den Umbau ist das alte Gebäude von 1929 mit zwei hohen Türmen an den Ecken. In einer Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus 2020 erklärte SIGNA, die Nutzfläche von 67.000 Quadratmeter um 10 bis 20 Prozent zu erhöhen. Nun kam durch eine schriftliche Anfrage an den Senat raus: SIGNA will insgesamt über 107.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Die Abweichung wird damit erklärt, dass die Untergeschosse zuvor nicht angegeben wurden von SIGNA – obwohl Karstadt sie bereits bisher als Verkaufsfläche nutzt.

Nicht hinter die Vereinbarungen zurückfallen

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD, Grüne und Linke auf einen Kompromiss zum Umgang mit den Karstadt-Umbauplänen verständigt. Umso wichtiger ist, dass im weiteren Verfahren nicht hinter die Vereinbarung zurückgefallen wird. Vereinbart

ist, dass eine Weiterentwicklung aus dem Bestand heraus erfolgt. Und wörtlich: „Hierbei wird eine städtebaulich verträgliche, sich in die Umgebung integrierende Planung verfolgt, an der die Stadtgesellschaft beteiligt wird.“

Es bleibt fraglich, wie die von SIGNA gewünschte Baumasse am Hermannplatz städtebaulich verträglich funktionieren kann. Das Bebauungsplanverfahren muss deshalb offen geführt werden, sodass auch Reduzierungen der Baumasse weiterhin möglich sind.

Ergebnisoffener Planungsprozess und Beteiligung

Es darf keine Vorfestlegungen geben und wir brauchen einen ergebnisoffenen Planungsprozess, der auf die Ergebnisse eines transparenten und verbindlichen Beteiligungsverfahrens – welches noch einzurichten ist – Rücksicht nimmt. Bisher gänzlich offen ist auch, wie das angekündigte Masterplanverfahren aussehen soll, welches auch das Karstadt-Umfeld betrachten soll. Klar ist, dass es sich beim Hermannplatz und den angrenzenden Straßen um öffentliche Flächen handelt, die nicht SIGNA gehören. Somit können mögliche Pläne hierfür auch nicht vom österreichischen Unternehmen gemacht werden. In dem Verfahren wird außerdem zu diskutieren sein, wie ein behutsamer Umbau eine Verdrängung von Nachbarn und vorhandenem Gewerbe aus der Umgebung verhindert werden kann.

■ Julian Schwarze, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Für wen baut SIGNA eigentlich?

Die SIGNA Holding adressiert in ihrer Beteiligungskampagne „NICHT OHNE EUCH“ alle Anwohnenden und verspricht, mit dem gigantischen Neubauvorhaben des Karstadt am Hermannplatz einen Mehrwert für das Gemeinwohl und die Nachbarschaft zu schaffen. Wer einen Blick nach Wien wirft und die Geschäftspraxis des Konzerns unter die Lupe nimmt, merkt schnell, dass dieses Angebot fadenscheinig ist.

Im Gegenteil: Luxusgebäude und Kaufhäuser – der Konzern SIGNA Holding aus Österreich ist bekannt für seine Strategie, Warenhäuser vor der Insolvenz zu retten, damit Gebäude in Bestlage zu erwerben und im hochpreisigen Segment zu entwickeln. Geführt wird das Unternehmen von René Benko, einem Immobilienmogul, dessen Karriere mit dem Ausbau von Dachgeschosswohnungen begann und der durch diese Praxis einer der reichsten Österreicher wurde – auch mit umstrittener Hilfe seines Freundes Sebastian Kurz, dem Ex-Kanzler von Österreich. In der Wiener Innenstadt entwickelte er das sogenannte „Goldene Quartier“, einen ganzen Häuserblock als Standort für Edelmarken und übernahm das Park Hyatt Vienna, das Luxushotel in Wien.

In Deutschland steht der 44-jährige Unternehmer mit seiner Geschäftspraxis schon seit einiger Zeit in der Kritik. Durch die Übernahme von Karstadt und Galeria Kaufhof gelang es ihm, Millionengewinne zu erwirtschaften – auf dem Rücken der Belegschaft. 4000 Personen verloren in den letzten Jahren ihren Job.

Jetzt hat sich Benko in Berlin – mit dem Vorwand, Arbeitsplätze zu sichern – drei Standorte für seine Luxuskaufhäuser erpresst. Denn sicher ist, dass auch diese Vorhaben und gerade das Gebäude am Hermannplatz für diejenigen gebaut wird, die nicht in der Nachbarschaft Zuhause sind.

■ Maria Haberer

Die bündnisgrüne BVV-Fraktion für Xhain

Mit der Wahl im letzten Jahr sind wir erneut zur stärksten Fraktion im Bezirksparlament (der BVV) gewählt worden. Wir bedanken uns bei allen Wähler*innen für das große Vertrauen! Zusammen sind wir 22 Abgeordnete, die für euch in den Fachausschüssen sitzen, dem Bezirksamt Fragen stellen, Anträge schreiben, mit der Zivilgesellschaft in Kontakt stehen und gemeinsam daran arbeiten, diesen Bezirk noch grüner zu machen. Hier findet ihr eine Übersicht, wer von uns in welchen Ausschüssen Mitglied ist. Meldet euch gerne bei uns, wenn ihr Fragen oder Anliegen habt!

Fraktionsvorstand | Der Fraktionsvorstand organisiert die Fraktionsarbeit und vertritt die Fraktion nach außen. Ihr erreicht ihn unter fravo@gruene-xhain.de



Sarah Jermutus | Sprecherin
PHIRW, Verwaltung, Ältestenrat



Pascal Striebel | Sprecher
UGK, VerO, PBGO, Ältestenrat



Silvia Rothmund | Beisitzerin
StaWo, DivAn (Vorsitz), PaMI



Claudia Schulte | Beisitzerin
SAG, DivAn (stellv. Vorsitz),
PaMI (stellv. Vorsitz)



Olja Koterewa | Beisitzerin
Schule (Vorsitz), JHA

Bezirksverordnete



Alex Neubert
UGK (Vorsitz), VerO, KuBi



Anika Wiest
StaWo, Verwaltung



Britta Kallmann
UGK, Verwaltung



Dominik (Joe) Pross
PBGO (stellv. Vorsitz), Sport, SAG



Florian Fleischmann
VerO, Schule



Hülya K. Kilic
PaMI, DivAn, JHA, KuBi



Jutta Schmidt-Stanojevic
Sport (stellv. Vorsitz), Schule



Julie Richier
UGK, PHIRW



Karl-Heinz Garcia Bergt
PHIRW (stellv. Vorsitz), KuBi,
Sport



Magnus Heise
SAG (Vorsitz), PBGO



Maria Haberer
StaWo (stellv. Vorsitz), SAG



Murat Cinar
Verwaltung (Vorsitz), PHIRW



Murat Yücel
PHIRW, Sport



Taina Gärtner
PaMI, DivAn, JHA, PBGO



Vito Dabisch
JHA (Vorsitz), Schule



Werner Heck | BVV-Vorsteher
KuBi, StaWo, Ältestenrat



Yannick Brugger
VerO, StaWo



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Günter Bartsch (güb)
Werner Heck (wh)
Britta Kallmann
Rike v. Kleef (rk)
Olja Koterewa (ok)
Lukas Probst (lp)
Claudia Schulte (cs)
Ingo Werren (iw)
Stefanie Wesch (sw)
Miriam Wirsing (mw)
Ugur Yildirim (uy)

Freie Mitarbeiter*innen:

Lukas Kuhnert (lk)
Jenny Laube (jl)
Philip Hiersemenzel (ph)
Roxana Roder (rr)

Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 5.000

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Alle Abgeordnete erreicht ihr unter ihrer Mailadresse nach dem Muster vorname.nachname@gruene-xhain.de

Zählgemeinschaft mit der SPD: In dieser Wahlperiode bilden wir eine Zählgemeinschaft mit der SPD. In einer Kooperationsvereinbarung haben wir festgehalten, wie und mit welchen Projekten wir gemeinsam eine ökologische und soziale Politik im Bezirk gestalten wollen. Mehr Infos dazu findet ihr auf www.gruene-xhain.de

BVV-Vorstand: Als größte Fraktion stellen wir mit Werner Heck den Vorsteher der BVV. Er leitet die Sitzungen des Bezirksparlaments und vertritt die BVV. Außerdem unterstützen Hülya Kilic und Taina Gärtner als weitere Mitglieder den fünfköpfigen Vorstand.

Mitarbeiterinnen der Fraktion: Die Arbeit unserer Fraktion wird von unserer Fraktionsgeschäftsführerin Iris Burkhardt organisiert. Berthe Jentzsch ist als Referentin für unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Übersicht über die Fachausschüsse:

In dieser Wahlperiode gibt es neben dem Ältestenrat, in dem die Fraktionen die BVV-Arbeit koordinieren, die folgenden Fachausschüsse:

- Diversity und Antidiskriminierung (DivAn)
- Jugendhilfeausschuss (JHA)
- Kultur und Bildung (KuBi)
- Partizipation, Migration und Integration (PaMI)
- Petitionen, Beteiligung und Geschäftsordnung (PBGO)
- Personal, Haushalt, Investitionen, Rechnungsprüfung und Wirtschaftsförderung (PHIRW)
- Schule
- Soziales, Arbeit und Gesundheit (SAG, mit einem UA Pandemie)
- Sport
- Stadtentwicklung und Wohnen (StaWo)
- Umwelt- und Naturschutz Grünflächen und Klimaschutz (UGK)
- Verkehr und Ordnung (VerO)
- Verwaltungsmodernisierung, Bürgerdienste, Digitalisierung, Facility Management (Verwaltung)

Wurzelbewegung

Bezirksstadträtin Annika Gerold erklärt, warum viele Bäume gefällt werden – und nicht immer nachgepflanzt werden können

Stachel: Wenn der Stachel erscheint, bist Du 146 Tage im Amt – als Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt. Kannst Du einem Baum schon ansehen, wenn er krank ist?

Annika Gerold: Das ist gar nicht so einfach. Viele Bäume sehen äußerlich gesund aus. Sie blühen sogar mitunter noch, obwohl sich im Stamminnen eine weitreichende Fäule ausgebildet hat. Das liegt daran, dass Bäume die wasserleitenden und Assimilat leitenden Bahnen im Stammäußeren aufweisen und daher komplett grün aussehen. Einfacher gesagt: Bäume können sehr gesund aussehen, obwohl sie innerlich bereits absterben oder schon abgestorben sind.

Bürger:innen reagieren oft mit großem Unverständnis, wenn Stadtbäume gefällt werden. Was sagst Du denen?

Wir fällen keinen unserer Straßebäume oder Bäume in Grünanlagen leichtfertig! Es muss schon ein triftiger Grund vorliegen, meist ist es potenzielle Verkehrsgefährdung, wenn ein Baum durch Krankheit droht umzustürzen oder Äste herabfallen könnten. Neben der Verkehrsgefährdung sind es häufig Bauvorhaben, die zu Fällungen von Bäumen auf privaten Grundstücken führen. Bauen und Bäume – das ist leider in der Stadt ein Zielkonflikt, den wir nicht umgehen können. Dieses Thema haben wir auch bei unserem Baumgipfel diskutiert, den wir kürzlich gemeinsam mit dem BUND abgehalten haben. Wenn jemand eine gültige Baugenehmigung hat, müssen Fällgenehmigungen erteilt werden. Wenn es dazu kommt, erhalten wir zwar Ausgleichszahlungen, die wir wiederum in neue Bäume und Begrünung investieren können, diese sind jedoch viel zu niedrig. Ein Problem ist auch, dass Bauherren wählen dürfen zwischen Ausgleichspflanzungen und Ausgleichszahlungen. Das führt dazu, dass häufig nicht nachgepflanzt, sondern nur gezahlt wird. Das, was gezahlt wird, ist allerdings zu niedrig, um nachhaltig zu pflanzen. Aktuell haben wir für ein Bauvorhaben beispielsweise eine Summe von 21.000 Euro für den Verlust von fünf Bäumen erhalten. Nachhaltige Pflanzungen von fünf Bäumen sind damit kaum zu finanzieren. Gesetzlich geregelt ist das in der Baumschutzverordnung – hier sehe ich Änderungsbedarf.

Sind kranke Bäume denn wirklich so eine große Gefahr?

Sie sind dort eine Gefahr, wo sie komplett oder einzelne Äste auf Straßen oder Gehwege stürzen können und Menschen dadurch zu Schaden kommen können. Wir sehen bei Stürmen häufig, welche verheerenden Auswirkungen dies haben kann, wie kürzlich als der sogenannte „härteste Baum Berlins“ an der Warschauer Brücke umstürzte.

Können wir etwas tun, um zu verhindern, dass Bäume sterben?

Durch den Klimawandel wird es immer schwieriger, Bäume in der Stadt zu erhalten. Wir arbeiten daran, indem wir zum Beispiel klimaresiliente Sorten pflanzen. Und wir wollen mit nachhaltigen Pflanzungen dafür sorgen, dass die Bäume mehr Platz im Boden haben. All das kostet aber. Als Bezirk haben wir nicht die notwendigen Mittel dafür.

Die Baum-Expert*innen in deinem Amt schätzen ein, dass Xhain mittelfristig ein Drittel seiner rund 42.000 Bäume verlieren wird. Dieses Jahr sollen 2.000 Bäume gefällt werden. Muss das sein?

Wie gesagt, niemand macht sich das Fällen leicht. Es werden mitunter mehrseitige Baumgutachten erstellt, die den Zustand des Baumes genau ausweisen. Die Kolleg*innen im Straßen- und Grünflächenamt setzen sich sehr engagiert für ihre Bäume ein. Natürlich ist es auch unser Ziel als Grüne, so viele Bäume wie möglich zu erhalten. Leider haben die Dürrejahre 2018–2020 zu erheblichen Folgeschäden geführt. Gemäß dem Grünflächeninformationssystem GRIS sind aktuell nur zirka 17 Prozent der Straßebäume als gesund eingestuft. Wir müssen mit weiteren erheblichen Verlusten rechnen – es ist wirklich dramatisch.

Werdet Ihr dort, wo gefällt wird, neue Bäume pflanzen?

Durch die erschwerten klimatischen Bedingungen müssen wir sehr genau prüfen, an welchen Standorten eine nachhaltige Neupflanzung möglich ist. Leider haben aktuell viele der neugepflanzten Jungbäume nur eine vergleichsweise kurze Lebensdauer. Trockenheit, aber auch Begrenzung des Wurzelwerks durch Asphalt erschweren das Anwachsen. Die Böden sind zudem durch die lange Trockenheit kaum in der Lage, Wasser aufzunehmen. Bei allen Umbaumaßnahmen der Innenstadtbereiche wurde die graue Infrastruktur favorisiert und die grüne Infrastruktur vernachlässigt. Die Folgen werden jetzt sichtbar. Es bedarf daher eines neuen und angepassten Regenwassermanagements sowie einer zukunftsweisenden Planung für die nächsten Jahrzehnte und einer ausreichenden finanziellen Ausstattung der Straßen- und Grünflächenämter, damit wir zum Beispiel nachhaltige, ausreichend große Pflanzgruben schaffen können. Anwohner*innen sind diese Hintergründe häufig nicht bekannt. Deshalb gehen bei mir verständlicherweise viele Anfragen zu Neupflanzungen ein. So gerne auch ich wieder mehr Bäume in den Straßen sehen möchte, es muss auch nachhaltig sein. Ich fürchte, wir werden alle Geduld aufbringen müssen.

Wie groß ist die Gefahr, dass neue Bäume dann hitzebedingt auch wieder eingehen?

Diese Gefahr ist leider sehr hoch. Durch die zu geringe Menge an verfügbarem Wasser sinkt die Photosynthese-Leistung und damit die Menge der verfügbaren Energie zur Stress- und Schadensabwehr. Daraus resultieren unterschiedliche Schäden, auf die der Baum im Zweifelsfall nicht reagieren kann. Es ist durch bauliche Gegebenheiten und die finanzielle Ausstattung des Straßen- und Grünflächenamtes nicht möglich, alle Bäume zu bewässern oder zu erhalten. Und es ist aus vor dem Hintergrund von Wasserknappheit tatsächlich auch nicht sinnvoll. Der Bezirk konzentriert sich bei der Wässerung auf die Jungbäume. Diese haben zum einen durch ihr noch kleines Wurzelsystem nur einen geringen Wurzelraum erschlossen und es ist technisch noch möglich sie sinnvoll zu bewässern. Auf Grund des Mangels an personellen und finanziellen Ressourcen sowie fehlenden berlinweiten Maßnahmenplänen ist aktuell jeder Bezirk auf sich gestellt.

Was kostet es, einen Baum so neu zu pflanzen, dass er nicht eingeht?

Die Baumexpert*innen in meinem Amt berechnen eine nachhaltige Baumpflanzung mit zirka 12.000 Euro inklusive Folgekosten wie Bewässerung und Pflege für mehrere Jahre.

Dein Amtsleiter Felix Weisbrich sagte beim Baumgipfel, der Bezirk



Umgestürzte „Kult-Kirsche“ an der Warschauer Straße

Foto: ok

bräuchte mehr als 15 Millionen Euro jährlich, um den Baumbestand langfristig gesund zu halten. 2021 hat der Senat aber nur 2,45 Millionen Euro gegeben. Das klingt verheerend.

Ja, das ist verheerend. Es gibt hier jedoch Gespräche, auch mit der Landesebene. Die Baumschutzverordnung soll novelliert werden und auch die Ausgaben für Straßebäume

haben sich erhöht. Insofern werde ich hier weiter ins Gespräch gehen. Die hohen Kosten sind – wie bei vielen anderen Themen auch – insbesondere ein Innenstadtthema. Wir sind am dichtesten besiedelt, haben oft belastete Böden oder wenig Platz aufgrund der vielen Versorgungsleitungen. Das macht die Pflanzungen teuer.

Warum ist das Thema überhaupt so wichtig? Ein paar Stadtbäume werden das Klima nicht retten, oder?

Wenn wir so denken, wird sich nichts ändern. Die Klimakrise ist da und wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Extremwetterereignisse werden zunehmen. Die Stadt muss fit gemacht werden für die Auswirkungen der Klimakrise. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, die in der Summe den Klimawandel eindämmen können oder für mehr Klimaanpassung sorgen. Bäume sind, das steht außer Frage, CO₂-Binder. Und was genau so zentral ist, dass sie in Städten zu Oasen werden können. Sie spenden Schatten und machen die Stadt lebenswerter. Ohne Bäume und Grünflächen wären Städte reine Betonwüsten und würden sich dadurch noch mehr erhitzen. Insofern hat auch jeder Stadtbau Auswirkungen auf das Weltklima und auf unser Wohlbefinden in unserem direkten Lebensraum. Zudem sind sie Wohnräume für Vögel und Insekten. Auch dieser Aspekt darf nicht unterschätzt werden.

■ Das Gespräch führte Günter Bartsch

#A100Stoppen

Die FDP im Bundesverkehrsministerium plant, die A100 durch Friedrichshain nach Lichtenberg zu verlängern. Dieser Alleingang der FDP wäre ein Rückfall in die verkehrspolitische Steinzeit.

Wir brauchen keine autogerechte Stadt, sondern eine klimagerechte Stadt für die Menschen, die in ihr wohnen. Es gilt, die Verlängerung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Heutzutage eine Autobahn mitten durch ein Altbauviertel und lebendige Kieze zu treiben, ist eine Wahnsinns-idee. Schon allein wegen der Kosten. Bereits jetzt ist die A 100 die teuerste Autobahn aller Zeiten: 200.000 Euro – pro Meter. Man könnte auch sagen: Jeder Meter eine Wohnung. Es gibt kaum eine Entscheidung, die klimapolitisch falscher sein könnte. Gerade in einer Zeit wie heute, wo sich drei große, weltweite Krisen gegenseitig überlagern und verstärken. Wir haben zwar die Klimanotlage anerkannt, unsere Klimaziele verschärft und wissen dabei doch, dass alle bisher geplanten Lösungen nicht ausreichen. Gerade im Verkehrssektor. Eine Antriebswende reicht da nicht, es braucht die Mobilitätswende. Es ist auch eine Frage der Sicherheit, so schnell wie möglich weg von Kohle, Gas und Öl zu kommen. Eine sinnvolle, schnell und praktisch kostenlos umsetzbare Reaktion auf diese Krisen wäre ein Tempolimit und nicht der Weiterbau der teuersten Autobahn Deutschlands.

Der geplante Weiterbau würde dabei nicht nur jede Menge Grün zerstören, sondern auch die kulturellen Zwischennutzungen, die sich auf den sogenannten Vorhalteflächen angesiedelt haben. Sämtliche Pläne und Ideen, wie wir die Flächen dauerhaft für die Berliner*innen (mehrheitlich übrigens ohne Auto) sinnvoll nutzen



Steinzeitliches Bauschild

Foto: uy

können, würden so zerschlagen. Wir brauchen mehr Flächen für unsere Infrastruktur, und zwar für Kultur, Soziales, Grünflächen und auch für den Wohnungsbau.

Platz für die Menschen – und nicht fürs Auto

Darüber hinaus müssen wir den ÖPNV dringend weiter ausbauen und überall in Berlin sichere Rad- und Fußwege schaffen. Der Bezirk geht da mit gutem Beispiel voran und baut derzeit breite, sichere Radwege auf allen Hauptstraßen, wie zuletzt am Kottbusser Damm, auf der Oberbaumbrücke und der Stralauer Allee. Weiter geht es mit der Verbreiterung bzw. Verstärkung der Radwege an

der Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee und der Petersburger Straße.

Eine Stadtautobahn führt jedoch immer zu mehr Verkehr und nicht zu weniger. Denn auch hier gilt: Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.

Die Landesebene hat das erkannt und möchte dieses verstaubte Autobahnprojekt nicht weiterführen. Und auch die Koalition im Bund hat verabredet, die bisherigen Planungen im Bundesverkehrswegeplan zu überarbeiten und will dazu im Dialog mit Verkehrs-, Umwelt-, Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden prüfen, was angesichts der dramatischen Situation überhaupt noch gebaut werden soll und darf. All das hat bisher nicht stattgefunden. Der Bundesverkehrsminister darf daher jetzt nicht im Alleingang Mittel für ein Projekt rauswerfen, das noch nie richtig war und täglich falscher wird.

Als Bezirk vertreten wir seit vielen Jahren eine sehr klare Position. Das Bezirksamt hat gemeinsam mit dem BUND noch unter Franz Schulz als Bürgermeister gegen die Verlängerung der A 100 geklagt. Auch unsere Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann hat sich klar positioniert. Die BVV hat in ihrer Sitzung im März ebenfalls erneut deutlich gemacht, wie die Position des Bezirks zum Autobahnbau ist. Der bündnisgrüne Landespartei-tag teilt die Auffassung, wie auch die Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz. Und die ist unverändert: #A100Stoppen!

■ Pascal Striebel, Bezirksverordneter

Kiezblocks: Lebensräume statt Durchgangsverkehr

19 mal stand die Berliner Polizei zwischen Januar 2018 und Oktober 2020 an der Friedenstraße, um mit Messgeräten die Geschwindigkeit der an der Spartacus-Schule passierenden Fahrzeuge zu kontrollieren. Dort gilt Tempo 30 – und nicht nur die Eltern der Grundschüler:innen dürften das Ergebnis schockieren: 1.225 Fahrer:innen fuhren schneller als erlaubt – mit einem Spitzenwert von 72 Stundenkilometern.

Der Zebrastreifen an der Schule – für viele Autofahrer*innen offenbar nur Dekoration. Erzieher*innen und Lehrer*innen stehen mitunter fasziniert mit ihren Klassen an dem Fußgängerüberweg – während ein Auto nach dem anderen einfach vorbeifährt.

Kein Wunder, dass sich viele Menschen Sorgen um die Verkehrssicherheit machen. Bezirk und Senat tun bereits einiges: Seit ein paar Wochen verbessern Poller auf der bislang oft zugesperrten Sperrfläche vor dem Zebrastreifen die Sicht – und ein weiterer Fußgängerüberweg an der Koppenstraße ist in Planung. Doch das alles reicht nicht – da sind sich die Initiator*innen des Kiezblocks Friedenstraße einig. Ihr Ziel: Der Durchgangsverkehr muss weg. Die Schneise durch den Kiez soll einem Lebensraum für Menschen weichen.

1.000 Unterschriften für Einwohner*innenantrag

Dafür haben sie bereits mehr als 600 Unterschriften für einen Einwohner*innenantrag gesammelt – und sind eine von 14 Kiezblock-Initiativen allein in Friedrichshain-Kreuzberg (siehe Info-Kasten). Sind mindestens 1.000 Unterschriften beisammen, muss sich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) mit dem Antrag beschäftigen. Einige Initiativen sind schon ein paar Schritte weiter: Zum Beispiel im Wrangelkiez, im Samariterkiez und im Bergmannkiez gibt es bereits Durchfahrtsperren. Die Einwohner*innenanträge der Kiezblock-Initiativen Großbeerenstraße, Ostkreuz und Kreuzberger Luisenstadt wurden vor einem Monat von der BVV beschlossen.

Fragt man die Initiativen nach Reaktionen der Bürger*innen, zeigt sich ein recht einheitliches Bild: „Bei der Unterschriftensammlung hatten wir ganz überwiegend positive Reaktionen“, berichtet Inge Lechner vom Ostkreuz-Kiezblock. „Wir rennen damit offene Türen ein. Viele Menschen sorgen sich um die Verkehrssicherheit“, sagt Peter Fuchs vom Kiezblock Friedenstraße. Ohnehin nutzten viel weniger Menschen ein Auto als oft angenommen (laut einer WZB-Studie besitzen in Xhain 40 Prozent der Haushalte ein Auto, aber nur 14 Prozent fahren täglich damit). „Und immer mehr Leuten wird bewusst, dass die Blechlawinen in unseren Straßen kein Na-

turgesetz sind und Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und spielende Kinder mindestens genau so ein Recht auf den öffentlichen Raum haben.“ Auch die Klimaerwärmung macht vielen Menschen Sorge: „Statt Asphalt brauchen wir viel mehr Grün, um die Stadt in den immer häufigeren Hitzeperioden abzukühlen“, sagt Fuchs. Das sieht auch die Bundesregierung so: Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) hat im März das Sofortprogramm Klimaanpassung vorgestellt, das die Kommunen mit zusätzlichen 60 Millionen Euro und Fachleuten unterstützen soll, um sich für Extremwetter besser zu wappnen.

Natürlich gibt es auch Kritik an den Kiezblock-Vorschlägen. Besonders häufig nennen die Initiativen die Bedenken von Autofahrer:innen oder Geschäftstreibenden, die sich um Parkplätze und Be-/Entladefläche sorgen. „Wir sind da ganz ehrlich: Ja, unser Ziel ist es auch, die Zahl der Autos in der Stadt insgesamt zu reduzieren und für mehr Flächengerechtigkeit zu sorgen“, sagt Peter Fuchs. Von einem kompletten Autoverbot könne aber keine Rede sein: „Es geht vorrangig darum, den Durchgangsverkehr aus dem Kiez zu bekommen. Man wird aber weiterhin be- und entladen können, auch Müllabfuhr und Krankenwagen können jede Stelle erreichen. Das funktioniert ja auch in Fußgängerzonen und Sackgassen.“

Weniger Autos – auch darum geht es

Denn das ist das Prinzip der meisten Kiezblocks: Durch Durchfahrtsperren und sogenannte Modalfilter – praktisch sind das zum Beispiel Poller oder Einbahnstraßen, manchmal auch kleine Parks auf bisherigen Fahrbahnen – wird eine Durchfahrt durch den Kiez für Kraftfahrzeuge unterbunden. Sie müssen um den Kiez herum gelenkt werden. In der zusätzlichen Belastung von Hauptstraßen sehen auch Befürworter*innen der Kiezblocks ein Problem. Beispiel Friedenstraße: Hier müssten Autofahrer*innen einen Umweg von 600 Metern nehmen, um von der Karl-Marx-Allee zur Landsberger Allee zu gelangen: „Über die Lichtenberger Straße und den Platz der Vereinten Nationen – diese Straßen sind aber für mehr Verkehr ausgelegt, haben auch breitere Fußwege und Grünflächen am Straßenrand als die Friedenstraße“, sagt Peter Fuchs.

„Aber natürlich muss das Ziel sein, den MIV (Motorisierter Individualverkehr) insgesamt zu verringern, damit diese Effekte am besten gar nicht erst auftreten.“ Mit den Kiezblocks soll sich auch die Sicherheit

für Radfahrer*innen verbessern und das Radfahren damit noch attraktiver werden. „Oft schneller und immer klimafreundlicher ist man mit dem Rad sowieso“, sagt Fuchs. Das sagt auch das Umweltbundesamt: Nach

Untersuchungen in deutschen Großstädten führten 40 bis 50 Prozent der Autofahrten über eine Strecke von weniger als fünf Kilometer Länge.

Wie sieht es mit der Unterstützung der Politik aus? „Wir haben Glück. Wir wohnen im Vorreiter-Berlin – und trotzdem geht es extrem langsam voran“, sagt Inge Lechner vom Ostkreuz: „Angst vor oder Verständnis für die Autofahrenden oder einfach zu wenig Personal und Geld? Teilweise sind Projekte seit Jahren beschlossen, es passiert einfach nichts.“ Jonas Lähnemann vom Kiezblock Kreuzberger Luisenstadt sieht das ähnlich: „Auf Bezirksebene gibt es eine starke Unterstützung, auf Landesebene nicht klar genug. Größtes Problem dürften fehlende Planungskapazitäten und ein unzureichendes Budget sein – hier ist insbesondere die Landesebene gefragt.“ Als größtes Problem bei der Umsetzung des Kiezblocks Großbeerenstraße sieht Tobias Stetter, „die klar auf den Autoverkehr fokussierten Gesetze auf Bundesebene. Ausprobieren und einfach mal machen ist damit nicht so einfach“.

Auch Bezirksstadträtin Annika Gerold (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht sich eine schnelle Umsetzung von Kiezblocks in Xhain. Nicht zu unterschätzen sei dabei das Engagement der vielen Bürger*innen, die sich in Initiativen für ihren Kiez stark machen und sich für Veränderungen einsetzen: „Das gibt uns Rückwind für die radikalen Veränderungen, die wir anpacken wollen – und es treibt uns an.“

Wie finanzieren?

Ein Problem, vor dem der Bezirk immer wieder stehe, sei die Finanzierungsfrage: „Das bremst uns leider immer wieder aus und wir können nicht alles so schnell umsetzen, wie wir wollen.“ Dem Bezirk stehe für Maßnahmen der Verkehrsberuhigung oft keine reguläre Finanzierung zur Verfügung. Sie wolle sich deshalb auf Landesebene dafür einsetzen, dass sich das ändert. „Wir sind gerade dabei, ein flächendeckendes Konzept für Verkehrsberuhigung im Bezirk zu erstellen. Dabei fließen auch unsere gerade erstellten Datenanalysen zur Schulwegsicherheit ein. Ich setze mich dafür ein, dass wir bald weitere Veränderungen auf der Straße sehen.“

■ Günter Bartsch



Zeichnung: Naomi Fearn

Diese Kiezblock-Initiativen gibt es in Friedrichshain-Kreuzberg

- Rudolfplatz (gegründet)
- Nördliche Luisenstadt (Unterschriftensammlung läuft)
- Gneisenau (Unterschriftensammlung läuft)
- Friedenstraße (Unterschriftensammlung läuft)
- Wrangel (Senat und Bezirk leiten Machbarkeitsstudie ein)
- Gleisdreieck-West (gegründet)
- Graefe (Unterschriftensammlung läuft)
- Reichenberger (Kiezblock in der BVV beschlossen)
- Samariter (Weiterentwicklung mit Anwohnenden)
- Grossbeeren (Kiezblock in der BVV beschlossen)
- Ostkreuz (Kiezblock in der BVV beschlossen)
- Kreuzberger Luisenstadt (Kiezblock in der BVV beschlossen)
- Bergmann (Kiezblock in der BVV beschlossen)
- Viktoria (Kiezblock in der BVV beschlossen)

Detaillierte Infos unter kiezblocks.de

Terminhinweis: Am 14. Mai findet eine Protestkundgebung mehrerer Kiezblocks in Kreuzberg 61 auf der Yorckstraße statt.

Die Kotti-Wache darf kein Fremdkörper werden

Das Kottbusser Tor, mitten im Herzen Kreuzbergs, ist über die Stadtgrenzen hinaus bekannt als ein Ort der Widersprüche. Für manche Inbegriff von Vielfalt und Multikulturalität – für andere ein Hotspot an Kriminalität und Verwahrlosung im öffentlichen Raum.

Hier treffen verschiedenste Menschen aufeinander: Gewerbetreibende, Tourist*innen, Drogenabhängige, Kriminelle sowie Anwohner*innen. Sie alle prägen das Straßenbild des Kotti.

Polizeilich wird der Bereich als KbO (Kriminalitäts-belasteter Ort) geführt, was mit mehr Polizeipräsenz und -befugnissen einhergeht, die zurecht durch zivilgesellschaftliche Akteure und auch uns Grüne immer wieder kritisiert werden. Dennoch gibt es viele Probleme, auch die Pandemie-Jahre konnten die negative Entwicklung nicht aufhalten, im Gegenteil: Laut Kriminalstatistik stieg die Anzahl der Delikte von vorher knapp 3.000 Straftaten auf 3.624 im letzten Jahr – ein neuer Höchstwert. Darunter sind zwar größtenteils gewaltlose Verstöße, wie z.B. Rauschmittel- oder Aufenthaltsrechtsdelikte, dennoch haben auch Taschendiebstähle, La-

dereinbrüche und auch gewalttätige körperliche Übergriffe stark zugenommen.

Zur Wahrheit gehört: Viele Anwohner*innen und Gewerbetreibende fühlen sich vor allem nachts nicht sicher und die Statistik gibt ihnen recht. Es geht hier nicht um konservative Lawand-Order Fantasien, sondern um sich verfestigende Strukturen, die von den zuständigen Behörden und der Politik von der Bezirksebene bis zum Senat nicht ignoriert werden können.

Ein Gesamtkonzept für den Kotti

Die neue Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat daher angekündigt, eine Polizeiwache mit festem Sitz direkt am Kotti einzurichten. Dafür wurde in den ersten hundert Tagen des neuen Senats ein erstes Konzept erarbeitet.

Dabei geht es nicht nur um den Ort, an dem die neue Wache sein wird, sondern vor allem um den genauen Auftrag. Polizeikräfte vor Ort sind von Beginn an mit Misstrauen und Kritik konfrontiert. Umso wichtiger ist es, dass sich die Polizei- bzw. Sicherheitsarbeit an den Bedürfnissen und Anliegen der Menschen am Kotti orientiert. Es muss das Ziel sein, die Sicherheit für alle zu erhöhen und nicht, Drogenabhängige, Obdachlose oder Migrant*innen schlicht zu vertreiben.

Aus der misslungenen Null-Toleranz-Strategie am Görlitzer Park muss gelernt werden: Mehr Polizei allein löst das Problem nicht. Deshalb ist es auch so wichtig, dass ein Fixpunkt mit einem Gesundheitszentrum einschließlich Drogenkonsumraum am Kotti eröffnet wird. Außerdem brauchen wir mehr aufsuchende Sozialarbeit, mehr Maßnahmen zur Müllbeseitigung und auch städtebauliche

Maßnahmen, vor allem Entsiegelung, mehr Begrünung, mehr Verkehrssicherheit bis hin zu einer besseren Beleuchtung. Wir Grüne beraten aktuell über einen Fraktionsantrag im Berliner Abgeordnetenhaus, der vom Senat ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Situation am Kottbusser Tor fordert, welches all diese Aspekte zusammendenkt.

Beteiligung und Verständnis

Eine Wache darf keine Symbolpolitik sein, sondern muss auf der einen Seite effektiv dazu beitragen, schwere Kriminalität zu bekämpfen, und auf der anderen Seite auf Augenhöhe vor Ort ansprechbar für die Menschen sein. Dabei ist es besonders wichtig, ortskundige Kontaktbereichsbeamt*innen zu stärken und die Akteure vor Ort eng mit einzubeziehen.

Ohne Akzeptanz im Kiez wird eine Wache keinen Mehrwert bringen. Alle relevanten Akteur*innen in Kreuzberg müssen von Beginn an ernst genommen und eng angebunden werden. Und das nicht nur, bis es eine Wache gibt, sondern auch darüber hinaus.

Auch wenn sich vielleicht manche aus der Opposition das wünschen: Das Projekt Kotti-Wache ist kein Selbstläufer. Es muss eng begleitet, evaluiert und wo notwendig angepasst werden. Hier müssen Land und Bezirk am selben Strang ziehen. Und klar muss sein: Es wird keinen Freifahrtschein für die Polizei geben. Ein Gesamtkonzept muss her, das für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität sorgt und den einzigartigen, vielfältigen Charakter dieses Ortes im Herzen von Kreuzberg bewahrt.

■ Vasilii Franco, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bürgerbeteiligung und kooperative Stadtentwicklung

Aktuelle Projekte und Perspektiven in Xhain: Bereits in den Stachelausgaben 7/21 und 9/21 habe ich über „Communalisierung“, die insbesondere mit der AKS, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften umgesetzt wird, und kooperativen Neubaustrategien berichtet, welche vom Projekt Lokalbau unterstützt wird. Hier nun aktuelle Projekte und Perspektiven.

Fünf bezirksamtsexterne und zwei interne Mitarbeiter*innen stellen das Rückgrat neuer kooperativer Ansätze der Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg dar. Sie arbeiten in der AKS (Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung) und im Projekt Lokalbau, die ihre Arbeit 2019 aufgenommen haben und im Dialog mit der Zivilgesellschaft konzipiert wurden. Seit 2020 wurden im Rahmen der Umsetzung der bezirklichen Leitlinien für Bürgerbeteiligung weitere Bausteine entwickelt, damit interessierte und betroffene Personen und Organisationen gemeinsam an den Herausforderungen der kooperativen Stadtentwicklung arbeiten können. Die StadtWERKSTATT, eine Veranstaltungsreihe, und die Baustelle Gemeinwohl, eine interaktive Web-Plattform, bieten allen Beteiligten die Möglichkeit, sich zu informieren und in Projekte und Debatten einzubringen. Beide Projekte wurden gemeinsam mit zahlreichen Initiativen ins Leben gerufen. Eine neue Strategie zur Beteiligung von zukünftigen Nutzer*innen und Interessengruppen wurde mit der Methode des Community Based Design eingeführt. Ebenfalls im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung wurde die AKÖR aufgebaut, eine Anlauf- und Koordinierungsstelle für öffentliche Räume, die insbesondere mit dem Straßen- und Grünflächenamt zusammenarbeitet.

Anlaufstelle(n) für Bürger*innenbeteiligung

Doch damit die Menschen im Bezirk nicht nur an kooperativen Projekten und Prozessen teilhaben, sondern sich auch über alle laufenden Projekte der räumlichen Stadtentwicklung informieren und ggf. mehr Beteiligung einfordern können, wird noch in diesem Jahr eine Anlaufstelle



Bürger*innenprotest gegen verfehlte Wohnungspolitik

Foto: Katrin Schmidberger

für Bürgerbeteiligung geschaffen. Diese soll von zivilgesellschaftlichen Trägern umgesetzt werden. Nach Möglichkeit sollen sich bereits finanzierte Akteure hier zu einem Anlaufstellenetzwerk verbinden. Die Frage, wie Bürger*innenbeteiligung in Friedrichshain-Kreuzberg gestaltet werden soll, wird derzeit im Rahmen einer Bürgerschaftlichen Arbeitsgruppe diskutiert, die sich aus so genannten Zufallsbürger*innen zusammensetzt. Empfehlungen dieser AG sollen bis Sommer vorliegen.

Welche Baustellen die Kooperative Stadtentwicklung derzeit hat, veranschaulichen aktuelle Projekte. Auf der Plattform www.baustelle-gemeinwohl.de wird über diese und andere Projekte und Prozesse informiert, einschließlich anstehender Veranstaltungen.

Rescue der Zukunft am Ostkreuz

Ein von der AKS koordinierter Zukunftsrat bemüht sich seit Monaten, eine Mietvertragsverlängerung zu erwirken und einen Ersatzstandort für den wichtigen Kulturbetrieb im

Laskerkiez in Friedrichshain zu finden. Die Chancen stehen jetzt gut, dass es klappt, denn ein Ausweichstandort im selben Kiez wurde gefunden.

Geflüchtetenwohnen im Neubau

An verschiedenen Standorten sollen Wohnungen für Geflüchtete entstehen, die ein gutes Ankommen und Bleiben ermöglichen. Das gelingt, wenn Kontakte und Mitbestimmung vor Ort ermöglicht werden. Genossenschaften aber auch Kulturinstitutionen sind eingeladen, zu kooperieren.

Das YAAM in eine sichere Zukunft führen

Direkt am Stralauer Platz und der Spree gelegen steht das YAAM wie kaum ein anderer Kulturbetrieb für das Besondere an Berlins Freiraumkultur. Lokalbau moderiert einen Zukunftsrat und unterstützt die Betreiber und das Bezirksamt dabei, eine tragfähige immobilienwirtschaftliche Lösung für das Projekt zu finden. Denn die Halle ist baufällig und die Uferwand muss saniert werden.

Stralauer Platz neu denken

Südlich des Ostbahnhofes erstreckt sich eine unwirtliche Fläche, die einst ein Quartier war. In einer StadtWERKSTATT wurden 2021 gemeinsam mit Anrainern erste Ideen für eine Umgestaltung entwickelt. Eine Kooperation mit der TU Berlin macht jetzt den Anfang für den Dialogprozess in den nächsten Jahren.

Kooperative Baulandmodell im Gewerbe

Wer Baurecht für Wohnen erhält, muss 30% der Wohnfläche bezahlbar anbieten. Doch warum ist das bei Gewerbe nicht der Fall? Dies soll sich ändern. Auf dem RAW sind mehrere Eigentümer daran interessiert, ein kooperatives Baulandmodell für Gewerbe und Kultur umzusetzen. Ein Pilotprojekt für ganz Berlin.

Ein Holzhoehaus als vertikales Dorf

Am Hafenplatz in Kreuzberg soll Deutschlands höchstes Holzhoehaus entstehen. Dabei soll eine soziale

Mischung im Wohnen über die vorgeschriebenen 30% Sozialwohnungen hinaus entstehen. Im Gewerbesockel sollen soziale Träger Raum finden. Das Projekt basiert auf einem kooperativen Prozess, bei dem sich zukünftige Nutzer an der Gründung einer Genossenschaft beteiligen können.

Das BSR-Areal neu entwickeln

Mitten im Entertainment-Distrikt rund um die Mercedes-Benz-Arena schlummert eine riesige komplett versiegelte Fläche im öffentlichen Eigentum bzw. der landeseigenen BSR. Gemeinsam mit Lokalbau und der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Mitte ist das Bezirksamt bemüht, hier ein neues Quartier entstehen zu lassen mit neuen Grünflächen, integriertem Energiekonzept, sozialer und kultureller Mischung unter Beteiligung gemeinwohlorientierter Nutzer*innen.

Präventiver Erwerb ausbauen

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Gebäude in gemeinwohlorientierte Eigentumsformen überführt. Nach dem vorläufigen Aus für das Vorkaufsrecht wird nun im Bezirksamt der Fokus auf den präventiven Erwerb gelegt. In Kooperation mit der AKS sollen Eigentümer*innen und Mieter*innen mit Genossenschaft und andern geeigneten Trägern zusammengebracht werden, damit ein Verkauf an spekulative Käufer gar nicht erst stattfindet.

Um diese und viele andere Projekte und Strategien noch besser umzusetzen, wird aktuell die Gründung eines Fachbereichs für kooperative Stadtentwicklung im Stadtentwicklungsamt vorbereitet.

■ Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung

Wohnungspolitik braucht gemeinwohlorientierten Kurs

Zwischen Vergesellschaftung, Vorkaufsrecht, Mietenkataster, der sozialen Ausrichtung der Landeseigenen Wohnungsunternehmen und dem Wohnungsbündnis des Senats – die Wohnungspolitik von Rot-Grün-Rot für diese Legislaturperiode ist geprägt von Konflikten. Besonders zentral sind hierbei die Rolle des Bestandsschutzes von Mieter*innen und der Neubau von Wohnraum.

Es ist kein Geheimnis: Wir sind uns innerhalb der Koalition nicht einig bei der Frage, ob jeglicher Neubau – also egal, ob niedrig- oder hochpreisig – den Wohnungsmarkt entlastet, oder ob wir vor allem möglichst dauerhaft preisgünstigen neuen Wohnraum brauchen, weil viele Berliner*innen gar keine Chance haben, teure Neubauten zu beziehen. Es ist zwar oft vom „Sickereffekt“ die Rede. Damit ist gemeint, dass gutverdienende Haushalte aus den Altbauwohnungen in die teuren Neubauten einziehen und Platz machen im Bestand. Das ist aber weder wissenschaftlich belegt, noch bleiben die alten Miethöhen bestehen. Oft kommt es zu großen Mietsteigerungen, die sich einkommensschwache Haushalte gar nicht leisten können. Hinzu kommt: Seit 2014 wurde nicht einmal jede zehnte Wohnung als Sozialwohnung gebaut. Private haben sogar nur 304 Sozialwohnungen (von knapp 6400 insgesamt) errichtet. Wir haben in Berlin aber über 1 Million berechnete Haushalte, also knapp 50 Prozent aller Haushalte, die so wenig verdienen, dass sie das Recht haben, eine Wohnung mit sog. Mietpreis- und Belegungsbindung zu beziehen, sprich einen Wohnberechtigungsschein beantragen können. Allein 85.000 neue Berechnete kamen 2020 und 2021 dazu. Doch im vergangenen Jahr entstanden nur rund 3000 neue geförderte Wohnungen. Der stadtweite Bestand von Sozialwohnungen liegt heute gerade



„Mietendeckel“

mal noch bei 92.000 Wohnungen! Und es kommt noch schlimmer: Bis 2025 wird davon jede vierte Wohnung aus der Mietpreisbindung fallen. Wir alle müssen alarmiert sein.

Neubau – bedarfsgerecht statt renditegerecht

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen zwar seit der letzten Legislatur 50 statt nur 30 Prozent ihrer Neubauten an Geringverdiener*innen vermieten, aber sie alleine werden den großen Bedarf an niedrigpreisigen Wohnungen nicht decken können – auch weil mittlerweile nur noch sehr wenige Menschen aus landeseigenen Wohnungen ausziehen (ca. 7.500 pro Jahr von 350.000 Wohnungen – wir alle können es nachvollziehen), die Fluktuation also so gering ist. Deshalb:

Das vom Senat angestrebte Wohnungsbündnis, das er derzeit mit Vonovia, Heimstaden und Co., dem Berliner Mieterverein und der AG Junge Genossenschaften verhandelt, muss Antworten auf den großen Mangel an Sozialwohnungen finden. Ein Ergebnis muss daher die Novellierung des Kooperativen Baulandmodells sein: Bisher verpflichtet es private Bauherren, wenn sie neues Baurecht erhalten, 30 Prozent der Fläche für belegungs- und miethpreisgebundenem Wohnraum vorzuhalten. In München sind es schon 50-60 Prozent. Das wäre immerhin ein Fortschritt, auch wenn damit unser Ziel, dass jede zweite Neubauwohnung bis 2030 im „gemeinwohlorientierten Segment“ entsteht, leider nicht erreicht werden kann. Wir müssen die Akteure wie Genossenschaften, Stiftungen oder soziale Träger in die Lage versetzen, mehr Wohnraum zu errichten. Dafür brauchen sie Grundstücke, bessere Förderkonditionen und vor allem eine Stadtentwicklungsverwaltung, die das Potential der „Gemeinwohlorientierten“ endlich auch nutzt. Hier lässt die SPD Engagement leider vermissen. Das Bündnis muss vor allem die Mieter*innen im Bestand absichern. Wir fordern daher ein Mietemortatorium für mehrere Jahre, einen Renditedeckel für Großunternehmen, und den unternehmensübergreifenden Wohnungstausch zu gleichen Mietkonditionen. Damit kann bestehender Wohnraum effektiver genutzt werden.

Wir brauchen außerdem einen Abrissstopp von Wohnraum sowie Bestandsumbau und Umnutzungen. Auch Instandhaltungsmaßnahmen sowie bezahlbare Sanierungen, um Heizkosten einzusparen, müssen verpflichtend vereinbart werden, damit die „zweite Miete“ nicht zur Armutsfalle wird. All diese Maßnahmen könnten auch einen echten Beitrag gegen die Kli-

makrise leisten. Fest steht jetzt schon: das Bündnis kann die Vergesellschaftung von ca. 250.000 Wohnungen und damit den Umbau hin zu einem mehrheitlich gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt nicht ersetzen.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Volksentscheid umsetzen

Der Senat hat eine Expert*innenkommission zur Umsetzung des Volksentscheids „Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen“ eingesetzt, die der großen stadtweiten Zustimmung gerecht werden soll. Neben der Klärung juristischer Fragen soll die 12-köpfige Kommission Empfehlungen geben, wie eine Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände rechtssicher durchgeführt werden kann. Dabei geht es u.a. um Entschädigungsregelungen und die konkrete Bewirtschaftung der Wohnungsbestände. Zunächst waren vom Senat neun Personen in die Kommission berufen worden. Zentral für uns Grüne war jedoch die angemessene Beteiligung der Initiative DWenteignen. Wie gut und wichtig, dass die Initiative nun drei weitere Expert*innen

entsendet! Wie von der Initiative gewünscht, soll auch der Gesetzesentwurf der Initiative DWenteignen in die Bewertungen einfließen. Bei aller berechtigten Kritik, dass die Kommission nicht grundsätzlich öffentlich tagt, sondern „nur grundsätzlich öffentlich arbeitet“: Diese Kommission hat die Chance, den Berliner Wohnungsmarkt grundsätzlich umzukrempeln – und zwar gemeinwohlorientiert und nicht börsennotiert. Daher gilt es jetzt, alle Argumente und Konzepte zu diskutieren, um den bestmöglichen „rechtssichersten“ Weg zu finden, damit ein mögliches Vergesellschaftungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hat.

■ Katrin Schmidberger

Rund ums Bezirksparlament

Dank per Resolution

Auch die erste reguläre Sitzung der BVV nach dem 24. Februar war zunächst alles andere als eine normale Sitzung des Bezirksparlaments. „Alles wird überschattet von diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine“ – leitete der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, Werner Heck die Sitzung ein. Darauf folgte eine Schweigeminute für die Opfer des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges. „Die Welt ist aus den Fugen geraten“, sagte Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann. „Unser Dank gilt den Friedrichshain-Kreuzberger*innen, die ihre Herzen und ihre Haustüren geöffnet haben und Solidarität mit den Geflüchteten zeigen“. In einer von allen in der BVV vertretenen Fraktionen eingebrachten Resolution, sprach die BVV den Beschäftigten des Bezirksamtes und den vielen ehrenamtlichen Helfer*innen aus der Zivilbevölkerung „Anerkennung und größten Dank für ihren Einsatz bei der Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine aus“.

Klimabeirat Friedrichshain-Kreuzberg konstituiert

Auf Antrag unserer Fraktion im Januar 2021 beschlossen, ist der neu formierte bezirkliche Klimabeirat Anfang April zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Das Gremium ist unabhängig und soll Politik und Verwaltung Impulse für mögliche Klimaschutzmaßnahmen geben. Mitglieder sind neben Vertreter*innen des Bezirksamtes und der BVV unter anderem die Clubcommission, Greenkiez Samariterkiez, Kotti e.V., Yeşil Çember, der BUND, die HOWOGE, Scientists for Future, Changing Cities und viele andere. Als erste Amtshandlung verfasste der Klimabeirat einen Beschluss gegen den Weiterbau der A100: „In Zeiten einer weltweiten Klimakrise ist der Bau einer Autobahn in einem dichtbesiedelten urbanen Raum die denkbar schlechteste Entscheidung“, heißt es darin. Mehr Straßen würden immer auch mehr Verkehr bedeuten und damit mehr Treibhausgas. Dabei habe die Frankfurter Allee schon heute deutschlandweit die höchste Luftbelastung. Zudem würden durch den Autobahnausbau allein zwischen Ostkreuz und Frankfurter Allee rund 200.000 Quadratmeter Fläche versiegelt werden.

Einwohner*innenanträge

Gleich drei Einwohner*innenanträge nebst zwei von Grünen und SPD eingebrachten Begleitanträgen standen in der Sitzung der BVV Ende März zur Diskussion bzw. Abstimmung: „Ostkreuz – Kiez für alle“ (DS/0029/V) und „Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung in der Kreuzberger Luisenstadt“ (DS/0082/V) nebst den ergänzenden Begleitanträgen wurden jeweils mit großer Mehrheit von der BVV beschlossen. Der Dritte Antrag „Großbeerenstraße – Tempo 30 und weniger Verkehr im Kiez an der Großbeerenstraße“ (DS/0081/V) wurde auf Wunsch der die Unterschriften sammelnden Initiative zunächst in den Verkehrsausschuss überwiesen, um dort ihr Anliegen darzustellen und zu diskutieren. In allen drei Anträge verfolgen die Anwohner*innen ein gemeinsames Ziel: nämlich die eigenen Kieze durch die Befreiung vom bzw. Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs lebenswerter zu gestalten, sicherer zu machen und den öffentlichen Raum für die Bewohner*innen und ihre Bedürfnisse zurück zu gewinnen.

(wh)

(K)eine Zukunft für die ZUKUNFT

Der Kulturstandort „ZUKUNFT am Ostkreuz“ in der Laskerstraße in Friedrichshain ist bedroht

Mit der ZUKUNFT am Ostkreuz ist ein weiterer Standort für Kunst, Sub- und Kneipenkultur im Bezirk von Verdrängung betroffen. Der geplante Neubau auf dem Gelände fügt sich in die Vorhaben von Pandion und Trockland ein, im Laskerkiez großflächig Büroflächen zu errichten – und den Kiez nachhaltig zu verändern.

(Sub)Kulturelle Vielfalt

Mit der Eröffnung des Freiluftkinos in 2011, hat sich die ZUKUNFT am Ostkreuz als Knotenpunkt für Kino, Kunst, Konzerte, Theater und Gastronomie etabliert. In den vergangenen zehn Jahren wurden in der Brandruine eines ehemaligen Filmelagers Filmfestivals organisiert, eine Bühne für internationale Gastspiele junger Theatermacher geboten und eigenes Bier gebraut. Dabei stand eine unkommerzielle Nutzung im Vordergrund, die verschiedenen Angebote sind erschwinglich und niedrigschwellig.

Die Kündigung: Aktuelle Situation

Im Sommer 2021 haben die Betreiber*innen der ZUKUNFT die Kündigung ihres Mietvertrags erhalten. Die Eigentümer, die Groß-Berliner-Damm GmbH & Co. KG und Grundwert AG, planen hier die Errichtung eines Neubaus vornehmlich für Büronutzung. Obwohl Gespräche laufen, die ZUKUNFT in ihrer Nutzungsmischung nach Errichtung des Neubaus wieder einziehen zu lassen, ist diese Option nicht sicher – und eventuell von den Betreiber*innen gar nicht gewollt. Der Bezirk bemüht sich indes um die Anmietung einer Ersatzfläche in der Nachbarschaft,



Demo zum Erhalt der ZUKUNFT Foto: wh

die die ZUKUNFT nutzen kann. (Ein Grund mehr, dass wir weiter mit allen Mitteln gegen den Weiterbau der A100 kämpfen werden.) In der Bezirksverordnetenversammlung haben wir Grüne uns mehrfach gemeinsam mit SPD und LINKE für den Erhalt der ZUKUNFT ausgesprochen und Anträge zur Unterstützung des Prozesses eingebracht.

Aber nicht nur die ZUKUNFT selbst ist bedroht. Mit Sorge können die weiteren baulichen Entwicklungen im Kiez verfolgt werden. In unmittelbarer Nähe des Grundstücks plant Trockland das umstrittene „A Laska“ und Pandion den „Ostkreuz Campus“. Etwas weiter entfernt möchte Padovicz die Errichtung weiterer Bürogebäude in Angriff nehmen. Klar ist, dass die privaten Verwertungsinteressen, die die zukünftige Entwicklung im Laskerkiez prägen, zu einer nachhaltigen Veränderung des Viertels führen werden.

Die an die ZUKUNFT angrenzende Laskerwiese, ein grünes Kleinod und eine der wenigen Grünflächen mit kollektiver Gartennutzung im Kiez, ist ebenfalls von den Bauvorhaben bedroht.

Unterstützungsstrukturen

Unabhängig dieser Szenarien und der eher düsteren Zukunft für die ZUKUNFT kann man sagen, dass sich die bezirklichen Strukturen zur Unterstützung bedrohter Orte als wirksam gezeigt haben. Nach einer Sondersitzung des Kulturausschusses wurde die AKS Gemeinwohl mit der Einrichtung und Koordination eines Zukunftsrates für die Zukunft am Ostkreuz betraut, der sich nun mit der Rettung des Standortes befasst. Beteiligt sind neben den Nutzer*innen selbst auch Lokalbau (eine Struktur, die den Bezirk im kooperativen Neubau unterstützt), die Genossenschaft „Eine für Alle“ eG, Vertreter*innen von Initiativen und stadtentwicklungspolitische Aktivist*innen sowie Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, etwa der Baustadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg, Bezirksverordnete verschiedener Fraktionen, sowie auch die Senatsverwaltungen für Kultur und Stadtentwicklung.

Der Zukunftsrat bespricht nicht nur Lösungen und Wege, sondern unterstützt konkret in der Kommunikation mit dem Eigentümer und der Politik. So waren die AKS Gemeinwohl und Lokalbau maßgeblich an der Durchführung eines Workshops im November 2021 beteiligt, der nach dem Vorbild des „Community Based Designs“ (nutzer*innenzentriertes Planen) einen Neubau nach den Vorstellungen der Betreiber*innen der ZUKUNFT entwarf. Als Ergebnis einer „kooperativen Planung“ war die Einbringung eines eigenen gestalterischen

Entwurfs ein konstruktiver Baustein in den Verhandlungen. Dieser Ansatz des nutzer*innenzentrierten Planens könnte eine spannende Strategie für bezirkliche Neubauvorhaben sein, da er eine Demokratisierung von Planungsvorhaben und Gestaltungsansätzen mit sich bringt.

Vor allem aber zeigt das Beispiel der ZUKUNFT die Herausforderungen, mit denen der Bezirk sich auseinandersetzen muss. Dazu zählt die Stärkung von Strukturen, die Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in einen Dialog und in eine gemeinsame Arbeitsweise bringen, aber auch die Aufstockung der Mittel für eine Taskforce auf Landesebene, die im Frühwarnprinzip bedrohte Orte identifizieren und zeitnah und effektiv entsprechende Maßnahmen einleiten kann, um den Erhalt zu ermöglichen oder Ersatzgrundstücke zu akquirieren.

Weitere Strategien

Auch wird zu prüfen sein, ob sich ein bezirklicher Kulturentwicklungsplan zum Erhalt kultureller Freiräume umsetzen lässt. In jedem Fall wird es eine große Aufgabe der nächsten Jahre sein, die Entwicklungen rund um den Laskerkiez so zu beeinflussen, dass die vorhandenen Strukturen nicht vertrieben werden.

Klar ist: Von der Bezirks- über die Landes- bis hin zur Bundesebene werden wir uns dafür stark machen, dass Orte wie die ZUKUNFT Platz in unserem Bezirk haben. Denn sie machen ihn aus und sind unverzichtbar.

■ Maria Haberer,
Silvia Rothmund
und Werner Heck,
Bezirksverordnete



Eigentlich hätte die feierliche Umbenennung des Heinrichplatzes in Rio-Reiser-Platz bereits letzten Sommer im Rahmen des Festivals „Wenn die Nacht am tiefsten ist“ anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens von Ton Steine Scherben und des 70sten Geburtstags Rios stattfinden sollen. Doch es wurden mehrere Widersprüche gegen die Umbenennung des Heinrichplatzes eingereicht, die zunächst geprüft werden mussten. Doch die Widersprüche der Fans des „Heinis“ und des preußischen Prinzen hatten, wie zu erwarten, keinen Bestand und wurden abschlägig beschieden. Und so ist es am 21. August diesen Jahres nun endlich soweit: Der Heinrichplatz wird zum Rio-Reiser-Platz. An diesem Sonntag ab 17 Uhr sollen im Rahmen eines Festes die Schilder und Gedenkstele feierlich enthüllt werden. Unter anderem werden Ton Steine Scherben höchstselbst mit einem Openair-Konzert dabei sein, Freunde, Weggefährter*innen und Mitglieder der Familie werden an Rio erinnern. Und wahrscheinlich kommen viele Kreuzberger*innen und Fans, die Rio und seinen Platz feiern wollen. (wh)

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: +49 30 614 31 46

Kreisgeschäftsführerin: Nina Jürgens

Bürozeiten:

Di: 15:00-18:00 Uhr, Do: 12:00-15:00 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss

Monika Herrmann, Philip Hiersemenzel,
Sebastian Kitzig, Jenny Laube,
Dorothee Marquardt, Alina Zimmermann

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr. B. a. W. digital. Für Details, siehe www.gruene-xhain.de/termine

Fraktion im Bezirksparlament

Yorkstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: +49 30 90 298 25 90

Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

Bürozeiten:

Mo: 11:00-16:00 Uhr, Mi: 9:00-18:00 Uhr

Fraktionsvorstand:

Sarah Jermutus, Olja Koterewa,
Silvia Rothmund, Claudia Schulte,
Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: +49 30 66 76 30 00

Treffen: Mo 19 Uhr

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion.berlin
Fon: +49 30 2325 2401

Turgut Altuğ, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2430

Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2408

Werner Graf | Fon: +49 30 2325 2437

Antje Kapek | Fon: +49 30 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2474

Julian Schwarze, direkt gewählt |

Fon: +49 30 2325 2444

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz und

Antje Kapek | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin

Fon: +49 30 5210 1794

Dr. Turgut Altuğ, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin

Fon: +49 30 2362 9300

Vasili Franco und Julian Schwarze

Kreutzigerstraße 8, 10247 Berlin

(ab Juni 2022)

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: +49 30 2277 8144

Wahlkreisbüro:

canan.bayram.wk@bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin

Fon: +49 30 6165 6961

Friedrichshain:

Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin

Fon: +49 30 46 79 35 30

Man muss auch gehen können

Monika Herrmann war acht Jahre unsere grüne Bürgermeisterin im Bezirk. Im Stachelgespräch zieht sie Bilanz und blickt nach vorne.

Stachel: Was war Dir in diesen acht Jahren zwischen 2013 und 2021 das Wichtigste und Prägendste Deiner Amtszeit?

Monika Herrmann: Als ich das Amt 2013 von Franz Schulz übernommen hatte, waren der Geflüchtete bereits am Oranienplatz angekommen. Das hat mich bis 2016 ganz zentral beschäftigt, die Menschen dort und dann zusätzlich die Menschen in der Gerhart-Hauptmann-Schule. So etwas hat keine Bürgermeister*in bis dahin erlebt seit dem 2. Weltkrieg. Der Bezirk hat den Platz den Geflüchteten überlassen, da wir sicher waren, dass sie an diesem Ort vor Rechten oder Nazis geschützt sind. Auf der anderen Seite haben wir sofort unsere Grenzen gespürt – schließlich konnten wir nicht die Asylgesetze verändern. Das wurde zunächst nicht verstanden, viele dachten, ich könne ihnen als Bürgermeisterin Pässe geben. Irgendwann habe ich das mal buchstäblich in den Sand gezeichnet, wie die Strukturen hier sind, welche Kompetenzen wir haben. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie entsetzt viele waren. Nachhaltig geprägt hat uns alle dann die Situation

in der Gerhart-Hauptmann-Schule, als irgendwann 15 Männer – es waren tatsächlich alles Männer – auf dem Dach standen und sagten, sie springen runter. Da geht es plötzlich um Leben und Tod. Und darauf bist Du nicht vorbereitet, nicht als Bürgermeisterin eines Berliner Bezirks.

Ihr wart völlig unvorbereitet und letztlich ohne Hilfe von außen. Was ist dennoch rückblickend gut gelaufen, was hätte man anders besser machen können?

Ganz grundsätzlich sage ich heute: Man muss die Situationen vom Ende her denken. Also: Den Platz freizugeben oder die Schule zu öffnen, ohne die unmittelbaren Auswirkungen zu bedenken, war fast ein wenig naiv. Auf dem Platz gab es keine Toiletten, keine Möglichkeiten sich zu waschen, es gab keine reguläre Essensversorgung, die Menschen haben teilweise in selbstgebastelten Zelten gelebt. Andererseits wollten die Menschen zu uns nach Kreuzberg kommen und das haben wir selbstverständlich möglich gemacht. Wir haben gehandelt, akut reagiert – aber es war letztlich nicht durchdacht.



Monika Herrmann

Foto: Kilian Vitt

Konnte es aber vielleicht auch nicht sein. Insofern kann ich nicht genau sagen, was ich anders gemacht hätte.

Wir haben jetzt durch den Krieg in der Ukraine eine neue Situation mit erneut Tausenden von Geflüchteten allein in Berlin. Hier wird, scheint mir, eher in diesem Sinne gehandelt und vom Ende her gedacht, vor allem, was das Energie-Embargo betrifft mit seinen möglichen Konsequenzen. Aber muss man nicht auch manchmal radikal sein?

Emotional kann ich diese Forderung nach Radikalität total verstehen. Aber was folgt dann? Entweder die Leute sind gut situiert und haben vielleicht schon ihre Solaranlage auf dem Dach, dann können sie das eher wegstecken. Aber alle anderen? Es ist sicher nicht meins, alles der Wirtschaft unterzuordnen, aber es wird Arbeitslose geben. In Berlin machen sie jetzt schon Notfallpläne, weil die Energieversorgung noch nicht einmal bis zum Herbst reichen wird. Die Gefahr besteht, dass unser Land mit den offensichtlichen Tendenzen Richtung rechts in eine Situation gestürzt wird, die du politisch nicht mehr auffangen kannst. Und es ist nicht nur die Energie. Es sind auch Rohstoffe und Lebensmittel, die dann fehlen. Emotional bin ich wie gesagt dabei, aber Politik mit dem Kopf, die zwei Schritte weiter denkt, ist mir dann doch deutlich lieber.

Wieder zurück zu Dir – und da wir jetzt schon mitten in der Gegenwart sind: Was steht zurzeit auf Deiner Agenda?

Abgesehen davon, dass mir die Mobilitätswende u. a. als Sprecherin der LAG Mobilität weiterhin am Herzen liegt und ich mich im Team des GA (Geschäftsführender Ausschuss) des Kreisverbandes engagiere, koordiniere ich die Stadträt*innen der Berliner Bezirke. In vielen Bezirken gibt es nur einen grünen Stadtrat oder eine grüne Stadträtin, die Situation ist also weniger gemütlich als bei uns in Xhain. Da brauchen wir ein anderes System des Austauschs, nicht allein auf fachlicher Ebene. Es geht auch darum, wie es unseren Leuten geht, wie der Umgang mit den Stadträt*innen der anderen Parteien funktioniert, wie die Stimmung in der BVV ist. Dann kam der Krieg. Zunächst wurden Ehemalige nicht angesprochen, daher habe ich selbst nachgehakt und jetzt hat mich der Staatssekretär für Gesundheit gefragt, ob ich mir vorstellen kann, den Krisenstab der Senatsverwaltung für Gesundheit zu unterstützen, als Verbindungsstelle zur Senatsverwaltung für Integration und Soziales. Und das bauen wir jetzt auf. Mit Vertrag, das muss sein, aber ohne Geld, ich mache das rein ehrenamtlich.

Stichwort Mobilitätswende: Viel ist schon sichtbar, gerade bei uns im Be-

zirk. Würdest Du selbst das zu Deinen größten Erfolgen zählen?

Na ja, da hatte ich ja nur zwei Jahre Zeit! (lacht) Meine größten Erfolge sehe ich eher in einem Bereich, auf dem der Fokus nicht unbedingt liegt, und zwar im Bereich des Jugendamts Friedrichshain-Kreuzberg. Wir haben mit die höchste Dichte an Kinder-, Jugend- und Freizeit-Einrichtungen, die höchste Dichte an Familienzentren und familienfördernden Angeboten. Gilt leider immer noch, gerade in der Presse, als Gedöns. Interessiert keinen. Wir haben außerdem große Projekte zum Thema vorurteilsfreie Bildung und Erziehung gemacht und sind damit bis ins Europaparlament eingeladen worden, um das darzustellen. Anti-Bias-Ansätze, Frühförderung, vom Kind ausgehend. Und zugleich war uns wichtig, den Eltern zu helfen. Wo oft keine Familienstrukturen mehr da sind wie in einer Großstadt wie Berlin, sind Eltern sehr häufig sehr schnell überfordert. Du hast plötzlich die Verantwortung für ein Wesen, das komplett hilflos ist und musst alles darauf einstellen. Da haben wir in den vergangenen 15 Jahren in meiner Zeit als Stadträtin und Bürgermeisterin die Unterstützungs-Infrastruktur massiv aufgebaut.

Wo siehst Du die größten Herausforderungen für die Zukunft, was muss am dringendsten angepackt und vorangetrieben werden?

Da kommen wir jetzt doch zum Umbau des öffentlichen Raums – und das meint nicht nur das Thema Verkehr, sondern auch die Themen Stadtquartiere, Klimaschutz und einiges mehr. Zum Thema Verkehr: Natürlich würde ich gerne den gesamten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg autofrei haben. Geht aber nicht! Geht leider nicht einfach so, wie wir uns das vorstellen. Wir sind mitten drin in dieser Stadt. Bei uns gibt es hauptsächlich Durchgangsverkehr. Daher sind die Außenbezirke so wichtig. Dort muss die Infrastruktur zur Reduzierung des Individualverkehrs bereitgestellt werden.

Acht Jahre, die nun abgeschlossen sind: Gibt es ein vorherrschendes Gefühl? Wehmut? Erleichterung? Oder eine Mischung?

Was viele nicht wussten: Das war ganz geplant. Daher waren einige überrascht, andere, die mich besser kennen, weniger. Ich habe immer gesagt, dass ich nicht mehr als drei Wahlperioden machen will, also die 15 Jahre als Stadträtin und dann Bürgermeisterin. Wehmütig gar nicht. Es ist ja unter anderem auch die Frage durch die Presse gegangen, ob ich Senatorin für Verkehr werden möchte, und da habe ich gesagt: „Naja Leute, dann kann ich auch Bürgermeisterin bleiben. Ist cooler!“ (lacht). Politik zu verantworten in einer Führungsposition ist so etwas wie Hochleistungssport. Rund um die Uhr am Ball und gefordert. Das kann man eine Weile machen, aber dann muss man auch aufhören. Ich bin jetzt 58 und wir haben viele tolle junge Leute in unserer Partei, von Mitte 20 bis Ende 30. Mein Vorteil ist, ich habe eine gewisse Routine, da kann ich den Nachfolgenden schon mal sagen, bleibt ruhig, bleibt entspannt. Aber die Anstrengung von Sitzungen bis spät in die Nacht – irgendwann reicht das auch mal. Ein Aufgabe bleibt aber noch: Ich will, dass alle 6 Wahlkreise im Bezirk grün werden, und nicht nur 5!

Das steht dann also an für 2026! Dir weiterhin viel Erfolg und Danke für das Gespräch.

Das Gespräch führte Henry Arnold

Ein Platz für Maria von Maltzan

Am Mittwoch, dem 6. April war es endlich soweit: Der auch Bullenwinkel genannte kleine Platz am westlichen Ende des Naunynstraße wurde nach Maria Gräfin von Maltzan benannt und eingeweiht. Damit ehrt der Bezirk eine mutige, unangepasste und nicht nur während der Naziherrschaft widerständige Frau, die vielen Kreuzberger*innen noch in lebhafter Erinnerung sein dürfte.

Widerständig war nicht nur das samtene Tuch, welches das neue Straßenschild in der Mitte des Platzes zunächst noch bedeckte und dann zu den Klängen von Mauricio Kagels Märchen um den Sieg zu verfehlen den neuen Namen enthüllen sollte. Sondern auch die Namensgeberin selbst Zeit ihres Lebens. „Wir wollen in Xhain im öffentlichen Raum Persönlichkeiten sichtbar machen, die Beachtliches geleistet haben. So eine beeindruckende Frau ist Maria Gräfin von Maltzan“, so die Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann in ihrer Rede zur Einweihung des Platzes, zu dem auch zahlreiche Verwandte, Wegbegleiter*innen und Freund*innen der 1997 in ihrer Wohnung am Oranienplatz verstorbenen Geehrten erschienen waren. Bei der Einweihung des Platzes wurde noch einmal deutlich, wie präsent die Erinnerung an diese außergewöhnliche Frau noch ist. In teilweise spontanen Reden und Beiträgen, wurden Erinnerungen ausgetauscht und Anekdoten erzählt, aber auch immer wieder Bezüge zu Heute gezogen. Beispielsweise daran erinnert, dass es zu Maria von Maltzans Widerstandskämpfen auch gehörte, Deserteure zu verstecken.

Gerechte unter den Völkern

Maria Gräfin von Maltzan kommt 1909 auf Schloss Militsch bei Breslau zur Welt. Trotz familiärer Widerstände macht sie 1927 ihr Abitur an der Elisabeth-Schule in Kreuzberg. In Breslau und München studiert sie Zoologie, Botanik und Anthropologie und arbeitet danach als Dolmetscherin und freie Journalistin. Sie ist in der Münchener Boheme unterwegs, engagiert sich im Widerstand gegen die Nationalsozialisten. Die Gestapo läßt sie mehrmals zu Verhören vor. „Das Pflaster in München fing an, zu heiß für mich zu werden“, erzählt sie in ihrer Autobiographie. 1935 zieht sie nach Berlin, studiert Veterinärmedizin, arbeitet beim Roten Kreuz und im Tierheim Lankwitz. Auch in Berlin en-



Die Einweihung des Maria-von-Maltzan-Platzes am 6. April

Foto: wh

gagiert sie sich im Widerstand. Noch bevor sie ihren späteren Mann, den jüdischen Schriftsteller Hans Hirschel kennen lernt, den sie vor den Nazi-Schergen verstecken wird, nimmt sie 1937 einen Mann auf, der aus dem KZ Sonneberg entkommen konnte. Insgesamt mehr als 60 Menschen wird sie das Leben retten: Sie besorgt gefälschte Papiere, hilft als Fluchthelferin, bietet Unterschlupf. Dafür wird sie als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt werden. Sie überlebt Naziherrschaft und Krieg, verwirklicht ihren Traum einer eigenen Tierarztpraxis. Doch schon 1949 wird ihr wegen der Abhängigkeit von Aufputsch- und Schmerzmitteln die Approbation entzogen. Sie schafft schließlich den Entzug, lebt zunächst von Sozialhilfe, kämpft, bis sie ihre Zulassung wieder-

erlangt. Anfang der 80er Jahre kehrt sie nach Kreuzberg zurück, kümmert sich in ihrer Praxis am Oranienplatz auch um die Hunde der Kreuzberger Punker*innen. In ihren Memoiren „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht“ schreibt sie: „Meine Praxis ist zwar nur klein, aber ich bin in diesem Viertel geachtet, und ich habe mich mit der sehr bunten Jugend, den Punks und Alternativen, großartig arrangiert. Wenn ich abends mit meinen Hunden nach Hause komme und die Gestalten, die ich so treffe, auch manchmal etwas seltsam aussehen, so habe ich doch das Gefühl, unter Freunden zu sein.“

Werner Heck, Bezirksverordneter

Zum Tod von Manuel Sahib

Wie anfangen, wenn wir einen Nachruf auf einen politischen Freund, auf einen persönlichen Freund schreiben müssen, der uns viel zu früh, viel zu jung, verlassen hat?

Manuel Sahib ist am 2.4.2022 gestorben. Er war 46 Jahre alt und mit uns 25 Jahre eng verbunden. Der Krebs hatte ihn gepackt und nicht mehr losgelassen. Manuel ist gebürtiger Kreuzberger, wuchs im Graefekiez auf, ging in der Hector-Peterson-OS zur Schule und war ausgebildeter Erzieher. Bevor er 1999 erstmalig für die BVV Kreuzberg kandidiert hatte, war er bereits einige Zeit in der Grünen Jugend aktiv. Ende 2019 feierte die Fraktion mit ihm sein 20-jähriges BVV-Jubiläum mit Igeltorte. Im April 2021 kandidierte er letztmalig für die BVV Friedrichshain-Kreuzberg – bewusst auf einem Nachrückerplatz, weil er erst wieder fit werden wollte – und ist somit das am längsten aktive BVV-Mitglied der grünen Fraktionen. Ehrenamtlich war er zudem noch viele Jahre im THW tätig.

Manuel war in seinen 22 BVV-Jahren mehrfach Fraktionsvorsitzender, Vorstandsbeisitzer, Vorsitzender diverser Ausschüsse, Vorsitzender der Spielplatzkommission. Er hatte zwei große Themenfelder, in denen er sich intensiv engagierte: Soziales, Kinder



Manuel Sahib

Foto: Rike Suckert

und Jugendhilfe sowie Stadtumbau, Umwelt und Verkehrswende. Er war ein Pufferknutscher. Mit Leidenschaft konnte er uns viele technische Details diverser S-Bahn-Baureihen referieren und die Fachzeitschrift las er regelmäßig Satz für Satz. Sein wichtigstes ÖPNV-Projekt von Anbeginn seiner Tätigkeit in der BVV, war die Straßenbahn über die Oberbaumbrücke bis zum Herrmannplatz. Er kannte die Historie der Straßenbahn in Kreuzberg. Bei ihm zu Hause hing ein altes Schwarzweißbild des Görlitzer Bahn-

hofs mit den diversen Straßenbahnen, die dort hielten und weiterfuhren. Er wusste genau Bescheid, welche Linie wohin fuhr und tritt 20 Jahre lang dafür, dass endlich wieder eine Straßenbahn durch Kreuzberg fährt, und führte auch in der Fraktion die ein oder andere kontroverse Diskussion dazu. Leider wird er nicht mehr miterleben, dass das nicht unumstrittene Projekt der M10 umgesetzt wird, als ein wichtiger Teil der Verkehrswende in Berlin – die Straßenbahn von Moabit bis zum Herrmannplatz.

Poesie der Freien Lyrik gegen das Vergessen

Den Krieg in der Ukraine werden wir niemals vergessen. Auch dann nicht, wenn die Bomben wieder schweigen und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit nicht mehr jeden Tag auf das Land und die Schicksale der Menschen gerichtet ist. Um eine besondere Form der Erinnerung bemüht sich schon jetzt die ukrainische Regierung, indem sie ihre Landsleute aufruft, den Krieg mit Lyrik zu „besingen“. Im Online Portal „Poesie der Freien“ unter: warpoetry.mkip.gov.ua werden die Einreichungen von Ukrainer*innen und vom Krieg Betroffenen präsentiert. „Jedes Gedicht, jede Zeile, jedes Wort ist bereits ein Teil der ukrainischen Geschichte“, heißt es auf der Seite. Weil wir tief bewegt sind, von dem was gerade in der Ukraine geschieht, wollen wir das folgende Gedicht von Антон Овчинников (Anton Ovchinnikov) mit euch teilen. Übersetzung von Olja Koterewa und Jenny Laube.

сниму квартиру однокомнатную срочно	Ich miete eine Wohnung mit nur einem Raum kurzfristig
На день, неделю, месяц или год смогу ли я платить? не знаю точно...	für einen Tag, eine Woche, einen Monat oder auch ein Jahr Ob ich wohl zahlen kann? Genau kann ich's nicht sagen...
никто не знает, что еще произойдет приедем завтра я жена две дочки	Wer weiß schon, was noch geschehen wird Wir kommen morgen an Ich, die Frau zwei Kinder
нам совершенно все равно какой район мы на ногах уже почти три ночи но если нужно сутки подождем ах да... забыл сказать... страна и город...	Uns ist egal in welcher Gegend Drei Tage sind wir auf den Beinen Wenn's nötig ist, warten wir auch noch einen Ach ja... vergessen hab' ich zu benennen das Land, die Stadt...
Варшава, Прага, Львов или Брно... где улицы, дома и светофоры где можно просто распахнуть окно в любое время суток даже ночью зайти в кафе или к друзьям на чай...	Warschau, Prag, Lwiw oder Brünn Wo Straßen, Häuser, Ampeln sind Wo Fenster einfach zu öffnen sind Egal zu welcher Tageszeit Auch nachts In ein Café zu gehen Oder zu Freunden auf eine Tasse Tee...
Порядок обещаем - это точно а ты мне тишину пообещай	Ordnung zu halten, versprechen wir, das ist sicher Und du versprich mir Ruhe
в конце пишу свой номер телефона пиши мне в Вайбер или Телеграм мой дом? да в общем... нету дома	Meine Nummer geb' ich dir Schreib du mir über Viber oder Whatsapp Mein Haus? Übrigens...
его снарядом развалило в хлам наш пес Арно остался под завалом его солдаты не смогли спасти но я вернусь... семью пристроить надо... вернусь, чтобы Арно похоронить... дома, машины, люди, километры... дом там, где люди, там, где тишина вопросов много... где искать ответы? как жить, когда истерзана страна? кто мы теперь? изгой? пилигримы? осколки взрывов? стрелки на часах? разбросаны по миру но едины бродяги на межзвездных кораблях.	Es gibt kein Haus Von einer Bombe wurde es zerrissen Unser Hund Arno vergraben unter Trümmern Soldaten konnten ihn nicht retten Doch ich werde kommen.... Mich um die Familie kümmern... Werde kommen, um Arno zu begraben... Häuser, Autos, Menschen, Kilometer... Heimat ist da, wo Menschen sind, ist dort wo Stille ist Fragen gibt es viele... wo sind die Antworten zu finden? Wie soll man leben, wenn das Land gequält wird? Wer sind wir jetzt? Verstoßene? Pilger? Splitter der Explosionen? Die Zeiger an der Uhr? Auf der Welt verstreut Vereint Im Flug Zwischen Sternen-Galaxien.

Lange bevor Berlin anfang über die Verkehrswende zu diskutieren, hatte Manuel das Thema schon im Fokus. Diverse Anträge, Konzepte und ein Radwegeplan stammen aus seiner Feder. Mit dem Radwegeplan der Fraktion von 2012 hat er federführend die Grundlage für viele grüne Projekte (der letzten Jahre) verfasst. Leider wird er die weitere Umsetzung, die ihn so umgetrieben hat, nicht mehr miterleben. Er war ein radikaler Verfechter für den Ausbau der Fuß- und Radinfrastruktur und des ÖPNV und vertrat die Position einer autofreien Innenstadt und setzte sich für mehr grünen Freiraum – besonders für Kinder und Jugendliche – ein. Er mochte den Stadtentwicklungsausschuss besonders. Ihn faszinierten die Modelle und 3D-Pläne, die dann tatsächlich auch irgendwann das Reißbrett und die BVV verlassen haben und Realität wurden. Mitentscheiden über das Werden von Xhain war ihm wichtig. Nicht die Glaspaläste übten die Faszination aus, er wollte Wohnungen im Bezirk gebaut wissen, die auch für jene bezahlbar sind, die prekäre Finanzmöglichkeiten haben, er wollte die Kreuzberger Mischung erhalten, er wollte mit der Stadtgestaltung die Diversität des Bezirks retten.

Polemik war sein Ding nicht. Er war kein Schreihs und kein Selbstdarsteller. In der Sache diskutierte er gerne und mit Enthusiasmus. Er war immer bestens vorbereitet und hatte oft in den Auseinandersetzungen einen Punkt, weil er ein ausgezeichnetes Gedächtnis hatte. Dadurch konnten auch besonders neue Bezirksverordnete so viel von ihm lernen. Und er hatte Freude daran, das Wissen weiterzugeben. Er erinnerte sich an Diskussionen und Argumente, die bereits Jahre zurücklagen, er wusste meist noch sehr genau, warum wann was wie geplant und entschieden wurde und wer was wann gesagt hatte. Es war ihm anzumerken, dass er immer für die Sache kämpfte, nie, um „den anderen“ bloßzustellen oder gar zu demütigen. Der Respekt ihm gegenüber, auch von der politischen Konkurrenz, war all die Jahre groß.

Manuel war ein fröhlicher Mensch mit einem feinen Sinn für Humor. Er feierte gerne und fühlte sich beim Bier in einer Runde mit Menschen,

die gerne diskutierten, äußerst wohl und war für jeden Spaß zu haben. Als leidenschaftlicher Trekkie gab er sich nicht nur einen Serien- und Staffelmaraathon von morgens bis morgens – Wiederholungen inbegriffen. Seine Liebe für den Bezirk drückte er auch gerne auf seinen T-Shirts aus: „Kreuzberg macht glücklich“ stand z.B. auf einem, das er anhatte, wenn er Fotos aus der Reha schickte.

Er liebte Griechenland als Urlaubsort und die griechische Küche und machte schon in der Reha wieder die ersten Urlaubspläne. Überhaupt hat er sich in seiner Krankheit bis zum Schluss nicht unterkriegen lassen. Zig Operationen musste er durchstehen, wieder Essen und Laufen lernen, ist in der Zeit dem Tod einige Male von der Schippe gesprungen und hat sich mit einem unglaublichen Willen wieder aufgerappelt und ins Leben zurückgekämpft.

Im Sommer 2021 war er aktiv beim Wahlkampf dabei und hatte schon einige neue Projekte für seine BVV-Arbeit in der kommenden Wahlperiode auf dem Zettel. Er wollte auch während seiner Krankheit immer über die Bezirkspolitik informiert sein. Die Fraktion schickte ihm Infos, den Stachel und die Wahl- und Kurzwahlprogramme in die Reha. Er verfolgte den Livestream der (digitalen) BVV und war auch bei der Wahl des Bezirksamtes live vor Ort. Er war inzwischen zu seinen Eltern aufs Land gezogen, hatte Spaß an den Viechern seines Vaters und kaufte sich ein E-Auto, damit er unabhängig mobil sein konnte, denn er hatte die fehlende Barrierefreiheit des ÖPNV in den Wochen zu oft als großes Hindernis erleben müssen. Seine Familie war ihm immer und nochmals ganz besonders in der Krankheit eine wichtige Begleitung und Stütze.

Der Krebs war hartnäckig und es wuchsen neue Metastasen. Auf Grund seiner körperlich nicht stabilen Verfassung waren belastende Behandlungen, wie Chemotherapien, nicht möglich.

Manu war ein guter Mensch und ein Freund – er fehlt uns und wir sind in tiefer Trauer um ihn.

■ Marianne Burkert-Eulitz,
Annika Gerold
und Monika Herrmann

Und sonst noch so? | Die Kolumne



Von der Wendezeit zur Zeitenwende

Vor gut 30 Jahren wurde erfunden, das Wort von der „Wende“. Es ging um die Auflösung der ideologischen Blöcke und eine endgültige Abkehr von Hochrüstung und militärischer Konfrontation. Schon vorher hatte sich die Überzeugung durchgesetzt, dass ein Krieg in Europa nicht geführt werden kann, weil er nicht zu gewinnen ist. Oder besser: Er ist nicht zu verlieren. Bevor es zu einer Niederlage käme, haben beide Seiten die Möglichkeit, den Knopf zu drücken. Aus. Ende.

Aber auch die brutalen Versuche der Großen gegen vermeintlich kleinere mit sogenannten „konventionellen“ Waffen – auch dies eine sprachliche Entgleisung, suggeriert es doch, dass diese Waffen, die ebenso Menschenleben vernichtend, erlaubt sind – endeten in Katastrophen: Für die USA in Vietnam, für die Russen in Afghanistan. Stattdessen herrschte also „Wendezeit“. Die Wende sollte sich schrittweise vollziehen, als allmählicher Prozess zu einem friedlichen Miteinander aller in Europa.

Und jetzt haben wir die „Zeitenwende“. Kein Prozess diesmal, sondern ein radikaler Bruch. Wir sollen uns wieder bis an die Zähne bewaffnen. Denn es herrscht Krieg in Europa. Nun also doch. Begrenzt und „konventionell“, bisher.

Grausam, brutal und sinnlos ohnehin. Also zurück zur Hochrüstung. Selbst linke Grüne stimmen angesichts der Grausamkeiten in der Ukraine in diesen Chor mit ein. Eine „Zeitenwende“ rückwärts. Denn bleibt nicht wahr, dass ein Krieg in Europa nicht zu gewinnen ist? Aber was dann? Schon die Ziele dieses Krieges, wie sie von Putin ausgegeben werden, sind eine Zeitenwende rückwärts: Einflussbereiche, ökonomische Interessen, „Geostrategie“. Die „Nation“ muss auch erhalten, „nationale“ Empfindlichkeiten, die angeblich verletzt wurden. Dabei steht die Erde „geostrategisch“ vor ganz anderen Herausforderungen, die sich nicht um Ländergrenzen und Nationen scheren. Die Nation ist ein Konzept des 19. Jahrhunderts (... von dem u. a. Voltaire schon im 18. Jahrhundert nichts hielt: „Wünschen, dass das eigene Land groß sei, heißt wünschen, dass es dem Nachbarland schlecht geht. Moralisch sein, kann nur der Weltbürger.“). Die Menschen in L'viv haben im 20. Jahrhundert wechselweise zu fünf verschiedenen Nationen gehört.

Eine Zeitenwende muss her. Aber nicht diese. Die Klimaziele sind nur gemeinsam zu schaffen. Die Zeichen stehen denkbar schlecht.

■ Henry Arnold